

12.05/01.06 

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Verbraucherschutz: Mehr Transparenz
Energetische Gebäudesanierung gut für Klima und Jobs
Nachhaltigkeit: Ressourcen statt Arbeit besteuern
Nahverkehr wird teurer

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 12
Jahrgang 12 (2006), Heft 01
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Isabelle Faragallah (if), Deborah Berns-
dorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Die "vergessene Art Mensch"

Liebe Leserinnen und Leser,

auf unserer Mitgliederversammlung im November in Leipzig haben wir uns auch wieder mit dem Thema Arbeit und Umwelt auseinandergesetzt. Ökonomen beklagen, dass die Wirtschaft in Deutschland nicht mehr wie in den 50er Jahren um acht Prozent, sondern nur noch um 1,5 Prozent wächst. Ich möchte mir allerdings gar nicht vorstellen wie unser Land und unsere Landschaften aussehen würden, wenn unsere Wirtschaft seit 1950 immerfort um acht Prozent gewachsen wäre.

Deutschland braucht mehr Arbeitsplätze, mehr Beschäftigung - das ist unbestritten - die Frage ist nur in welchen Wirtschaftszweigen sollen diese Arbeitsplätze entstehen?

Da kann sich Deutschland schon jetzt sehen lassen, denn 1,5 Millionen Menschen arbeiten derzeit im Umweltschutz, das sind fast vier Prozent der Beschäftigten, mehr als in der Automobilindustrie. Beindruckend sind die Beschäftigungszuwächse im Bereich Erneuerbare Energien. Zwischen 1998 und 2004 stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 70 Prozent. Ähnliche Zuwachsraten sind auch in der ökologischen Lebensmittelbranche erreicht worden: die Umsätze stiegen im Jahr 2004 um zwölf Prozent. Mit der Erzeugung, Verarbeitung und dem Handel ökologischer Lebensmittel konnten die Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren verdoppelt werden.

Das Bundesamt für Naturschutz hat in seiner neuesten Studie „Natur ist Mehrwert“ den ökonomischen Nutzen des Naturschutzes untersucht. Naturschutz hat für Tourismus, Freizeit und Naherholung eine große wirtschaftliche Bedeutung. Fast 300 Millionen Menschen besuchen jährlich die Naturparke, Nationalparke und Biosphärenreservate in Deutschland und kurbeln so die Wirtschaft im Gastgewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungsbereich an. Jedes Prozent von Reisen die nicht ins Ausland, sondern zu Orten innerhalb Deutschlands gehen, bringen 10.000 bis 15.000 neue Arbeitsplätze.

Die Studie des Bundesamts belegt auch deutlich, dass Naturschutz ökonomisch notwendig ist, denn weltweit hängt jeder zweite Arbeitsplatz von langfristig funktionierenden Ökosystemen ab.

Wenn die Katastrophen in den nächsten Jahrzehnten genau so rasant zunehmen wie in den letzten vierzig Jahren, dann wird das Bruttosozialprodukt der gesamten Menschheit für die Schadensregulierung nicht ausreichen - zu dieser Erkenntnis kam die Münchener Rückversicherung, übrigens schon im Jahr 2002. Die jüngsten Klima-Ereignisse haben dies überdeutlich gemacht.

Und dass vorsorgender Umwelt- und Naturschutz notwendiger denn je ist, das haben uns die zwei so genannten Jahrhundertfluten, die sich innerhalb von drei Jahren ereigneten - 2002 an der Elbe und im letzten Sommer in Bayern - ebenso deutlich vor Augen geführt wie der Wirbelstürme „Katrina“ und ihre Schwestern, deren wirtschaftliche und soziale Folgen uns tief erschütterten. Wenn wir daher Herrn Bush an Kyoto erinnern - zuletzt bei der Klimakonferenz in Montreal -, hat dies mit Tatsachen zu tun und nicht mit Zynismus.

Die großen Potenziale des Umweltschutzes für die Schaffung von Arbeitsplätzen hat die Politik noch nicht erkannt, zum Beispiel dass der effiziente Einsatz von Energie- und Rohstoffen einen Innovationschub nach sich zieht, der auch mehr Beschäftigung schafft. Der ökonomische Weg kann nicht mehr am Umweltschutz vorbeigehen. Unsere ökonomische Grundlage kann nur dann dauerhaft gesichert werden, wenn auch die ökologische Basis gesichert ist.

Meine Vision ist eine Solidargemeinschaft von gleichgesinnten Menschen und zwischen Menschen und Schöpfung. Dazu bedarf es mehr Gespürigkeit im Umgang mit allem Lebendigen, insbesondere auch mit der „vergessenen Art Mensch“, die wir wieder mehr im Blick haben sollten. Denn wir haben von den drei Säulen des magischen Dreiecks „Ökonomie-Ökologie-Soziales“ zu oft die soziale Seite vernachlässigt. Aber die sozialen Fragen sind für die Lösung der Umweltprobleme genauso entscheidend.

Wir brauchen endlich die Rückbesinnung auf Lebensstile und Werte und wir sind herausgefordert auch auf diesem Gebiet Leuchtturm-Projekte zu entwickeln und selbst durch Vorleben zu Leuchttürmen der Glaubwürdigkeit zu werden.

Umwelttechnik und Umweltwissen sind dafür die Instrumente. Umweltethik aber der Wegweiser.

Liebe Leserinnen und Leser, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihr Interesse an unserer Arbeit und wünsche Ihnen eine fröhliche und friedvolle Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr. Ich bin sicher, dass wir auch 2006 mit Kraft und Ausdauer unsere gemeinsamen Ziele Naturschutz und Nachhaltigkeit in vielfältigen Bündnissen weiter voranbringen können.

Ihr
Hubert Weinzierl
DNR-Präsident

2 Impressum

3 Editorial

- Die „vergessene Art Mensch“

5 Verbände, Umweltpolitik

- Hubert Weinzierl wurde 70
- 80. Geburtstag von Albert Lippert
- Alpenverein und die Genderfrage
- Die neuen Staatssekretäre

7 Ehrenamtliches Engagement

- Ehrenamtliche in Großschutzgebieten (Teil 3)
- Ehrenamt politisch stärken

9 Abfall, Chemie, Emissionen

- Registrierungspflicht: Elektronikgeräte
- Altchemikalien: keine Prüfung

10 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Bauernverband lobt Koalition
- Mehr Transparenz beim Verbraucherschutz
- Ermittlungen gegen Fleischfabrik
- Bio-Produkte kaum belastet
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

13 Energie, Klima

- Weniger Stromsteuer: mehr Arbeitslose
- Firmen für gute Energiepolitik
- Klima- und Landschaftsschutz
- Hoffnung auf Energieeffizienz
- Weniger Kosten für Erneuerbare
- Umweltminister will Ökologie und Ökonomie verbinden
- Protest gegen Atomülllager
- Wärmedämmung für Klimaschutz und Jobs
- BDI gegen Kyoto-Protokoll
- Verkehrspolitik contra Klimaschutz
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

20 Gentechnik

- Landleibe-Kühe fressen Gen-Futter
- Grünes Licht für Gen-Pflanzen
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

22 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Ökosoziale Ressourcenbesteuerung
- Kurzmeldungen
- Lesenswert/Sehenswert

26 Naturschutz, Artenschutz

- Natur des Jahres 2006
- Dachmarke für Großschutzgebiete
- Koalitionsvertrag ohne Thema Wald

- Lesenswert

29 Verkehr, Tourismus

- Preisanstieg im Nahverkehr erwartet
- Verbände kritisieren Verkehrspolitik
- Kurzmeldungen

31 Wasser, Meere

- Naturnahe Hochwasserrückhaltung
- Schadstoffe im Rhein bilanziert
- Abwasserabgabe mit externen Kosten
- Virtuelles Wasser
- Lesenswert

34 Service

- Umweltpolitik für EU-Interessierte
- Termine, Information & Diskussion, Inhalt EU-Rundschreiben

Sonderbeilage

- Newsletter „Gender Greenstreaming“: Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)

„Naturschutz ist kein Beruf“

DNR-Präsident Hubert Weinzierl feierte seinen 70. Geburtstag

Als Hubert Weinzierl, der heutige Präsident des DNR, 1969 erstmals an die Spitze eines Umweltverbands gewählt wurde, fristete der Naturschutz in Deutschland noch ein Schattendasein. Das Wirtschaftswunder überstrahlte alles - auch die Tatsache, dass man längst begonnen hatte, die eigenen Lebensgrundlagen abzugraben. Weinzierl - und mit ihm einer wachsenden Zahl von Mitstreiter/innen - gelang es, die Kehrseite der Konsumwelt aufzuzeigen und ökologisch gangbare Alternativen zu entwickeln. Anlässlich seines 70. Geburtstags am 3. Dezember 2005 zog Hubert Weinzierl eine vorläufige Bilanz.

Erstmals in Deutschland wurde eine vormalige Umweltministerin zur Kanzlerin gewählt. Man müsste meinen, dass damit ein „Öko-Traum“ in Erfüllung geht.

Ich hoffe schon, dass Angela Merkel sich noch an den Naturschutz erinnert. Aber ich habe Angst vor ihrer Liebe zur Gentechnik und zu Atomkraftwerken.

Sie selbst haben nie den „Bettelorden“ des ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzes verlassen. Hätten Sie in einem Parlament oder einer Regierung nicht viel mehr erreicht?

Ohne Bürgerengagement funktioniert kein Staatswesen. Die Parteien dürfen kein Monopol für Zukunftspolitik bekommen.

Wäre es nach den Warnungen der Natur- und Umweltschützer vor 30 Jahren gegangen, müssten heute die Wälder tot, das Wasser verseucht und der Himmel schwarz sein. Warum geht es uns immer noch so gut?

Weil Umweltverbände und Politik im technischen Umweltschutz und in der Umweltvorsorge erfolgreich waren. Allerdings wird dies nicht ausreichen, um etwa die Klimaveränderung zu stoppen. Hier müssen wir unsere Bemühungen verdoppeln.

Wenn eine unionsgeführte Regierung jetzt so en passant den Atomausstieg mitträgt, als hätten die gesellschaftspolitischen und realen Bauzaun-schlachten nie stattgefunden...

...zeugt das von der Realität, dass Wirtschaft und Politik nicht gegen den Bürgerwillen handeln können. Noch besser

wäre aber die Einsicht, dass nicht rückholbare Entscheidungen gegenüber künftigen Generationen unmoralisch sind.

Vor 40 Jahren haben Sie maßgeblich daran mitgewirkt, dass im Bayerischen Wald der erste Nationalpark in Deutschland entstand. Inzwischen hat jedes Bundesland mindestens ein großes Naturreiservat. Können wir uns solche „unproduktiven“ Oasen noch leisten?

Nationalparke sind die Schatzkammern unserer Heimat. Gleichzeitig bringen sie viel für die Erholung und den Tourismus. Es sind attraktive Lernorte der Umweltbildung. Die Nachwelt wird uns auch nicht nach der Dichte des Straßennetzes, sondern nach dem Netzwerk des Lebens fragen.

Sie haben sich dafür engagiert, dass Wildtiere wie Uhu, Biber, Luchs oder Wildkatze bei uns wieder heimisch wurden. Heute werben Sie für Toleranz gegenüber Bär und Wolf. Muten Sie uns da nicht ein bisschen viel Wildnis zu?

Die Sehnsucht nach Wildnis tragen wir doch alle noch in uns. Wir sollten die Chance einer Solidargemeinschaft mit der Schöpfung wieder entdecken und die Zuwanderer liebevoll aufnehmen.

Wer wie Sie im Alter von 70 Jahren politisch etwas bewegen will, muss sich aufs Wesentliche konzentrieren. Was ist Ihnen heute so wichtig, dass Sie sich noch dafür einsetzen?

Naturschutz ist kein Beruf, sondern eine Denkweise, die sich nicht in Pension schicken lässt. Ich möchte Freude und Lust auf Naturschutz machen und zu einem zukunftsfähigen Lebensstil anregen.

Ihre autobiografische Bilanz soll den Titel „Zwischen Hühnerstall und Reichstag“ tragen. Wo fühlen Sie sich persönlich mehr hingezogen?

Meine Aufgaben drängen mich immer wieder nach Berlin und an Verhandlungstische, aber meine Seele lebt im Bayerischen Wald, wo meine Frau und ich mit vielen Tieren zusammen unsere Heimat haben und Kraft schöpfen. ■

Interview: Christoph Markl-Meider

„Integrationsfigur von Naturschutz und moderner Umweltpolitik“

Hubert Weinzierl wurde am 3. Dezember 1935 in Ingolstadt geboren. Seit fünfzig Jahren engagiert er sich in der Umweltbewegung und gilt als die Integrationsfigur „von klassischem Naturschutz und moderner Umweltpolitik“ in Deutschland, wie der frühere Bundesumweltminister Jürgen Trittin es ausdrückte. Von 1969 bis 2002 war Hubert Weinzierl Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern (BN). Als Sonderbeauftragter des DNR organisierte er 1970 das Europäische Naturschutzjahr. Von 1983 bis 1998 stand er an der Spitze des von ihm mit gegründeten BUND. Weinzierl nahm als Mitglied der deutschen Delegation am Erdgipfel von Rio 1992 und zehn Jahre später am Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg teil.

Seit Dezember 2000 ist Hubert Weinzierl Präsident des DNR, seit 2001 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung und seit März 2005 Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Heute lebt er mit seiner Frau, der katholischen Theologin Beate Seitz-Weinzierl, im Bayerischen Wald. Ob als DNR-Präsident oder DBU-Kuratoriumsvorsitzender, der Land- und Forstwirt will weiter neue Wege gehen - gemäß seinem Lebensmotto: „Man darf nicht aufhören anzufangen. Und nicht anfangen aufzuhören.“ (mbu)

• Weitere Informationen

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Goldene Ehrennadel für Albert Lippert zum 80. Geburtstag

Pionier des ehrenamtlichen Naturschutzes geehrt

Der Deutsche Naturschutzring hat Ende November anlässlich des 80. Geburtstags seines Ehrenvizepräsidenten Albert Lippert eine Tagung zum Thema „Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz“ veranstaltet. DNR-Präsident Hubert Weinzierl würdigte Lipperts Leistungen im ehrenamtlichen Naturschutz und insbesondere auch in seiner Funktion als Vizepräsident über viele Jahre und ehrte ihn mit der Goldenen Ehrennadel des DNR, die erst zwei Mal vergeben wurde. Die Arbeitsschwerpunkte Lipperts waren Umwelterziehung, Umweltethik, Kirche und Umwelt sowie Ehrenamtliches Engagement.

Verbindungsinstanz zwischen Verbänden und Gesellschaft

Unter den zahlreichen Initiativen, Erfolgen und Verdiensten von Albert Lippert für den Deutschen Wanderverband betonte dessen stellvertretender Präsident Dr. Raufuß die besondere Rolle bei der Einführung des Naturschutzes in die Wanderbewegung und seine Entschlossenheit bei der Umsetzung und Fortentwicklung des Verbandes bis in die heutige Zeit.

Für den Deutschen Naturschutzring ist Lippert seit 1981 als Vertreter des Wanderverbandes in zahlreichen Gremien tätig. 1992 wurde er erstmals in den Vorstand des DNR und 1996 zum Vizepräsidenten gewählt.

Der seit mehr als 55 Jahren im Naturschutz aktive Lippert ist ein Pionier des ehrenamtlichen Naturschutzes und für die Natur- und Umweltschutzverbände eine Verbindungsinstanz zwischen den Verbänden und den wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen in der oft nicht einfachen Zusammenarbeit der Mitgliedsverbände im Dachverband. (if) ■

• Weitere Informationen

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Alpinistatagung: Frauen und Männer auf neuen Wegen

Gender Mainstreaming als Zukunftsstrategie im Alpenverein

Rund 100 Teilnehmer/innen haben im November auf einer Tagung des Deutschen Alpenvereins (DAV) über Geschlechterfragen diskutiert. In fünf Foren erarbeiteten sie geschlechtergerechte Vorschläge zu den Themen Ehrenamtlichen-Gewinnung, Jugendgruppenarbeit, zielgruppengerechte Angebote, geschlechtersensible Öffentlichkeitsarbeit und zu den Konsequenzen für die Vereinsarbeit.

Geschlechtergerechte Angebote als Aufgabe für Führungsgremien

„Gender Mainstreaming¹ ist eine Zukunftsaufgabe des DAV“ war der Tenor auf der Tagung in Bad Boll. Wenn der Verein die Lebensumstände von Frauen und Männern besser berücksichtigt, ergäben sich große Chancen, so der Alpenverein. Gender Mainstreaming müsse sich dabei als Prinzip durch alle Aktionen des Vereins ziehen und dürfe nicht nur ein Projekt unter vielen sein. Gleichzeitig müsse die Umsetzung von den Führungsgremien aus von oben nach unten erfolgen - d.h. es sei Aufgabe z.B. des Vorstands, auf geschlechtergerechte Angebote zu drängen.

Die Veränderungen im DAV dürften zwar nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Umfeld vorangetrieben werden, so die Teilnehmer/innen. Der DAV als Teil der Gesellschaft könne aber wichtige Impulse bei der Geschlechtergerechtigkeit setzen. (jg) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Alpenverein, Markus Eckert, Von-Kahr-Str. 2-4, 80997 München
Tel. 089 / 1400320
eMail: info@alpenverein.de
www.alpenverein.de

¹ Gender Mainstreaming besteht nach der Definition des Europarates „in der (Neu-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Bewertung politischer Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in alle Phasen durch alle an politischen Entscheidungen beteiligte Akteure und Akteurinnen einzubeziehen.“

Neue Staatssekretär/innen in den Ministerien

„Strippenzieher hinter den Kulissen“

Die seit 22. November im Amt befindlichen neuen Minister/innen der umweltrelevanten Ressorts stellten wir bereits vor (DRB 11.05, S. 18). Direkt hinter ihnen agieren die Staatssekretär/innen, sie unterstützen ihre Chef/innen fachlich, organisatorisch und oft auch menschlich.

Umwelt

Michael Müller und Astrid Klug sind die Parlamentarischen Staatssekretäre von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Müller war unter Rot-Grün Vizechef der SPD-Fraktion. Er ist Vorsitzender der Naturfreunde und Mitglied des DNR-Präsidiums und war in den 90ern umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Astrid Klug arbeitete zuvor im Umweltausschuss und war Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung. Hinzu kommt ein beamteteter Staatssekretär: Matthias Machnig, der frühere Wahlkampfmanager von Gerhard Schröder.

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Der neue Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) wird von drei Parlamentarischen Staatssekretären unterstützt: Achim Großmann, Karin Roth und Ulrich Kasparick. Großmann setzt seine Arbeit im Verkehrsressort fort. Schwerpunkte sieht er u. a. in einer „ausgewogenen Verkehrspolitik“ und der Förderung „Lebenswerter Städte“. Kasparick, zuvor Staatssekretär im Bildungsministerium, ist zuständig für den Aufbau Ost. Die frühere Hamburger Sozialsenatorin Roth will sich vor allem um die Entwicklung sozialer Brennpunkte kümmern.

Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz

Im Ministerium unter Horst Seehofer (CSU) arbeiten künftig Peter Paziorek (CSU) und Gerd Müller (CSU) als Parlamentarische Staatssekretäre. Müller war bisher außen- und europapolitischer Sprecher der Landesgruppe. Bis 1994 war er Abgeordneter des EU-Parlaments im dortigen Agrarausschuss. Paziorek war umweltpolitischer Sprecher der Unionsfraktion und ist jetzt u. a. zuständig für Gentechnik, nachwachsende Rohstoffe und Ökolandbau. (mbu) ■

Quellen: Bundestag, Ministerien

Anerkennungskultur: Wo ein Wille ist, sind viele Wege

Anregungen aus der Praxis in Großschutzgebieten

Europarc Deutschland, der bundesweite Dachverband der Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate, beschreibt mit seinem Freiwilligenprogramm in Großschutzgebieten neue Wege zur Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes (DRB 10.05, DRB 11.05).

Wichtige Facetten des Freiwilligenmanagements der Großschutzgebiete sind die Anerkennung freiwillig Aktiver sowie die Auswertung der ehrenamtlichen Tätigkeiten und ihrer Organisation.

Positives Feedback geben, Mitsprache ermöglichen, Öffentlichkeit herstellen

Das Ehrenamt stellt auch in Zukunft eine wichtige Säule des Natur- und Umweltschutzes dar. Wenn man sich vor Augen führt, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement für den Natur- und Umweltschutz ist, stellt sich im Gegenzug die Frage, wie dieses Engagement honoriert und anerkannt wird. Im Rahmen des Freiwilligenmanagements ist die angemessene Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlich Aktiver und ihrer Tätigkeiten unverzichtbar, um das Potential freiwilligen Engagements auch langfristig zu erhalten. Eine „Anerkennungskultur“ trägt dazu bei, die Motivation der Aktiven und ihren Spaß an der freiwilligen Tätigkeit zu unterstützen - dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, die Qualität der ehrenamtlichen Arbeit langfristig zu sichern.

Obwohl in einigen Bundesländern und Städten Initiativen wie die Ehrenamts-Card (erlaubt ermäßigten Eintritt in diverse Einrichtungen), Ehrungs-Veranstaltungen u. ä. initiiert wurden, sind insgesamt in der Welt der Anerkennung politische und öffentliche Maßnahmen noch rar. Umso wichtiger ist die Anerkennung und Wertschätzung der Freiwilligen in der jeweiligen Einrichtung oder Organisation selbst. Die Palette an Möglichkeiten für Freiwilligenkoordinatoren und hauptamtliche Mitarbeiter ist groß: Sie reicht von „informellen“ Maßnahmen wie sich Zeit für ein Gespräch mit Freiwilligen zu nehmen über anerkennende Worte und positives Feedback zwischendurch, Übertragung von Verantwortung bis zu der Möglichkeit für Freiwillige, eigene Ideen in die Arbeit einzubringen, an Besprechungen teilzunehmen

men oder zum Erfahrungsaustausch andere Freiwillige zu treffen.

Weitere geeignete Maßnahmen, um Freiwillige zu würdigen, sind Zeugnisse, Zertifikate oder Bescheinigungen, die insbesondere von jungen Freiwilligen geschätzt werden, kleine Geschenke mit Bezug zur jeweiligen Tätigkeit, die Vorstellung eines Freiwilligen in der Presse oder auch eine „Galerie der Ehrenamtlichen“ in Einrichtungen der jeweiligen Organisation.

Zum Beispiel: Anerkennung für „Freiwillige in Parks“

Im Freiwilligen-Programm von Europarc Deutschland sind die Erfahrungen mit Formen des „Danke-Sagens“ vielfältig. Über den wertvollen Einsatz der Helfer/innen wird in regionalen Presseartikeln berichtet. Zudem können sich die Freiwilligen auf der Internetseite www.freiwillige-in-parks.de persönlich vorstellen. Für das Freiwilligenprogramm wurden zudem Zertifikate entwickelt, die in den Schutzgebieten zum Einsatz kommen. Auch Rucksäcke und Taschenmesser mit der Aufschrift „Freiwillige in Parks“ werden als Geschenke z. B. zum Ende der Einsatzsaison den freiwillig Engagierten übergeben. Nicht zuletzt werden überregionale Veranstaltungen genutzt: Im Rahmen der jährlichen bundesweiten „Aktionstage zum Bürgerschaftlichen Engagement“ findet die Anerkennung Freiwilliger in Form einer Saisonauswertungs- und Dankeschön-Veranstaltung im Naturpark Terravita statt. Im Besonderen regionalpolitischer Prominenz werden die Freiwilligen des Naturparks zum Feiern eingeladen.

Entscheidend: Wertschätzung und Respekt im täglichen Umgang

Trotz aller „offiziellen“ Anerkennungsmaßnahmen, sind es gerade die anerkennenden Worte der Freiwilligenkoordinatoren in den Schutzgebieten, die für die Ehrenamtlichen wesentlich sind. Respekt, Höflichkeit und Wertschätzung im täglichen Umgang sind Schlüsselfaktoren für die Motivation der „Freiwilligen in Parks“.

Neben der Anerkennung der Freiwilligen ist auch die Anerkennung der sie betreuenden Hauptamtlichen wichtig. Sie tragen wesentlich zum erfolgreichen Einsatz der Freiwilligen bei und haben ebenso Wertschätzung verdient!

Von Erfahrungen lernen: Auswertung des Freiwilligenmanagements

Zur Qualitätssicherung und -steigerung im Bereich des Freiwilligenmanagements ist die regelmäßige Auswertung der Freiwilligenarbeit und -organisation unverzichtbar. Im Freiwilligenprogramm der Großschutzgebiete findet die Auswertung z. B. in Form eines Fragebogens statt, in dem die Freiwilligen nach ihren Erfahrungen, ihrer Zufriedenheit und ihren Ideen zur Verbesserung des Programms befragt werden. Ein weiterer Fragebogen richtet sich an den jeweiligen Freiwilligenkoordinator im Schutzgebiet. Dieser erfasst beispielsweise die Einsatzbereiche der Freiwilligen, den Umfang des Engagements, die Erfolge der Öffentlichkeitsarbeit und ebenfalls Vorschläge zur Programmverbesserung. Die Auswertungsergebnisse des Freiwilligenprogramms in Großschutzgebieten für das Jahr 2005 liegen bei Europarc Deutschland im Dezember vor.

Gastautorin: Anne Schierenberg, Europarc

• Weitere Informationen

Europarc Deutschland, Anne Schierenberg, Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2887882-15, Fax: -16
eMail: anne.schierenberg@europarc-deutschland.de
www.freiwillige-in-parks.de

Ehrenamt soll politisch gestärkt werden

NABU fordert Erleichterungen für das bürgerschaftliche Engagement

Anlässlich der bundesweiten Aktionstage zum Bürgerschaftlichen Engagement Anfang Dezember hat der NABU die neue Bundesregierung und die Länder aufgefordert das bürgerschaftliche Engagement im Natur- und Umweltschutz zu stärken. NABU-Präsident Olaf Tschimpke sagte: „Damit die Natur- und Umweltverbände ihrer gesellschaftlichen Rolle gerecht werden können, erwarten wir von der neuen Bundesregierung und den Bundesländern eine gemeinsame Initiative zur Qualifizierung und Unterstützung des Ehrenamts in diesem Bereich“. Neben dem Abbau bürokratischer Hürden sei die Vereinfachung und Erleichterung steuerrechtlicher Vorschriften und die Schaffung neuer Finanzierungsmöglichkeiten längst überfällig.

„Kein kostenloser Notnagel in Zeiten leerer Kassen“

„Es kann nicht sein, dass uns einerseits Zuschüsse gestrichen werden und uns gleichzeitig die Möglichkeit verwehrt wird, beispielsweise über eine Umweltlotterie, neue Geldquellen für die Naturschutzarbeit zu erschließen“, kritisierte Tschimpke. Dass es heute in Deutschland noch Weiß- und Schwarzstörche, Fisch- und Seeadler, Biber und Fischotter gebe, sei vor allem ein Verdienst des Einsatzes ehrenamtlicher Naturschützer. Allein im NABU leisten rund 25 000 Freiwillige jährlich 5,5 Millionen Stunden unentgeltliche Arbeit zu Gunsten von Natur und Umwelt.

Tschimpke warnte Politiker davor, das Ehrenamt in Zeiten der leeren öffentlichen Kassen „als viel gepriesenen, aber nicht weiter zu unterstützenden nationalen Notnagel zu sehen“. Es sei nicht mit Geld aufzuwiegen, wenn die ehrenamtlichen Experten „dem Staat helfen, seinen nationalen und internationalen Verpflichtungen beim Schutz der biologischen Vielfalt nachzukommen“. (if) ■

• **Weitere Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Ralf Schulte,
Ehrenamtsförderung, Invalidenstr.
112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 28498427
eMail: ralf.schulte@nabu.de
www.nabu.de

Registrierungspflicht für Elektronikgeräte

Entsorgung und Verwertung muss vom Händler und Hersteller garantiert sein
Händler, Hersteller und Importeure haben seit Anfang Dezember die Pflicht, sich bei der Stiftung Elektro-Altgeräte-Register (EAR) einzutragen, um ihre Produkte verkaufen zu dürfen. Für den Eintrag benötigen die Hersteller einen Vertrag mit einem Entsorger. Ausgangspunkt ist das von EU-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzte Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG).

Im nächsten Schritt müssen ab März 2006 die Verbraucher alte Geräte bei kommunalen Sammelstellen abgeben oder abholen lassen. Für die Verwertung bzw. Entsorgung ist dann der Hersteller zuständig. Bei Verstoß gegen die Registrierungspflicht drohen ein Bußgeld von 50.000 Euro und ein Verkaufsverbot. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
mobil: 0174 / 9478525
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de

Quelle: taz 24.11.2005

Altchemikalien bleiben ungeprüft

EU-Chemikalienrichtlinie REACH völlig abgeändert

Die schwarz-rote Koalition hat die von der EU angestrebte Chemikalienreform REACH verhindert. Die Anforderungen der Verordnung an die Produzenten werden gesenkt und damit Kontrollen verhindert. Die starke Chemielobby konnte größtenteils ihre Interessen durchsetzen. Im Koalitionsvertrag hatte die neue Bundesregierung den industriefreundlichen Kurs unmissverständlich angekündigt: "Wir wollen bürokratische EU-Regelungen, wie zum Beispiel die Chemikalienrichtlinie, die die Wirtschaft unnötig belasten, auf wirklich unumgängliche Regelungen beschränken."

Schon das Europaparlament hatte das neue Regelwerk Mitte November zugunsten der Industrie verändert. Die Chemiereform sollte Unternehmen ursprünglich dazu bringen, umweltverträglichere Produkte zu entwickeln. Die neue Regelung bedeutet, dass Hersteller Altchemikalien nur dann prüfen müssen, wenn sie mehr als 100 Tonnen davon herstellen oder diese direkt Verbraucher und Umwelt belasten. Mitte Dezember wird der EU-Ministerrat über die abgeänderte Chemikalienreform beschließen, danach erfolgt die zweite Lesung im EU-Parlament. (if) ■

• Weitere Informationen

BUND, Chemikalienexpertin Patricia Cameron, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-26, Fax -40
eMail: patricia.cameron@bund.net
www.bundgegengift.de

Quelle: taz 1.12.2005

Schwarz-Rot will ländlichen Raum stärken

DVL hofft auf Belohnung ökologischer Landschaftspflege und mehr Jobs

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hat die Koalitionsvereinbarung von Union und SPD positiv bewertet. Bei konsequenter Umsetzung könnten Beschäftigung und Umwelt im ländlichen Raum vorangebracht werden, so der Verband. 140 Landschaftspflegeverbände in Deutschland leisten jedes Jahr zusammen mit über 20.000 Landwirten praktischen Naturschutz.

Der DVL lobte, dass die schwarz-rote Koalition die Partnerschaft von Naturschutz und nachhaltiger Landwirtschaft betont und kooperative Lösungen über den Vertragsnaturschutz ankündigt. Damit könnten ökologische Leistungen wie das späte Mähen einer bunten Orchideenwiese oder die Beweidung einer Wacholderheide honoriert werden. Eine solche ökologische Landschaftspflege ist aus Sicht des DVL jedoch nur möglich, wenn der Bund oder die EU sie finanzieren.

Landschaftspfleger: Zweite Säule der EU-Agrarpolitik muss bleiben

Wichtig sind nach Ansicht des DVL deshalb die Aussagen in der Koalitionsvereinbarung zur Sicherung der so genannten Zweiten Säule der EU-Agrarpolitik, die Schutz und Entwicklung des ländlichen Raumes zum Inhalt hat. Dies sei entscheidend, um ökologische Leistungen der Landwirtschaft zu finanzieren und über Regionalvermarktung und Tourismus neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. Aus Sicht des DVL gibt es dazu gute Ansätze im neuen Landwirtschaftsministerium unter Minister Horst Seehofer.

Nicht zufrieden ist der Verband mit der geplanten neuen Haftungsregelung im Gentechnikgesetz. Saatgutkonzerne könnten ihre Gewinne künftig auf Kosten der Steuerzahler machen, befürchtet der DVL. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Bernd Blümlein, Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach
Tel. 0981 / 465335-40, Fax -50
eMail: bluemlein@lpv.de
www.lpv.de
www.reginet.de

Neuer Anlauf für Verbraucher- Informationsgesetz

Kunden sollen erfahren, wer verdorbene Ware verkauft

Nach den jüngsten Skandalen um verdorbenes Fleisch, das tonnenweise trotzdem auf Laden- und Mittagstischen landete, hat Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU) ein Verbraucherinformationsgesetz in Aussicht gestellt. Seine Amtsvorgängerin Renate Künast scheiterte mit einer entsprechenden Initiative in der vergangenen Legislaturperiode am Widerstand der Union im Bundesrat. Der geplante neue Entwurf gehört zu einem Maßnahmenkatalog, den das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Ende November vorstellte.

Schärfere Strafverfolgung, besserer Informationsaustausch der Behörden

Der Schwerpunkt des Zehn-Punkte-Sofortprogramms liegt auf einem verbesserten Informationsaustausch zwischen den Behörden sowie einer schärferen Strafverfolgung. Laut Seehofer soll in Zukunft das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) täglich die Daten über illegale Fleischverkäufe an die Länder weitergeben. Eine strengere Meldepflicht soll Firmen dazu bringen, fragwürdige Lieferangebote nicht geheim zu halten. Außerdem soll die Dokumentationspflicht bei Fleischtransporten erhöht werden, damit Abfälle nicht mehr als Lebensmittel umdeklariert werden können.

Bauernverband sieht nur „Einzelfälle“, VZBV „verbreitete kriminelle Energie“

Als langfristige Maßnahme steht auf der Liste, die Wirksamkeit der Lebensmittel- und Futterüberwachung zu überprüfen. Dafür sind die Bundesländer zuständig. Viele Kontrollbehörden beklagen seit langem, dass sie viel zu wenig Personal zur Verfügung haben (DRB 11.05, S. 10).

Die Lebensmittelskandale werden von verschiedenen Interessengruppen unterschiedlich bewertet. So hält der Deutsche Bauernverband (DVB) den jüngsten Fleischskandal für einen Einzelfall und fordert eine Task Force zur akuten Behebung des Problems. Dagegen heißt es beim Verbraucherzentralen-Bundesverband (VZBV), „dass kriminelle Energie im breiten Stil vorhanden ist“. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Deutscher Bauernverband (DBV), Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn
Tel. 0228 / 8198-0, Fax -205
eMail: info@bauernverband.de
www.bauernverband.de

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

Lebensmittel-Eigenkontrolle macht es Betrügern leicht

Mitarbeiter verlor Job, nachdem er auf Missstände in Fleischfabrik hinwies

Die Staatsanwaltschaften Potsdam und Neuruppin ermitteln gegen die Fleischfabrik Disselhoff Sachsenkron in Brandenburg/Havel wegen des Verdachts auf Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz, illegale Beschäftigung und Korruption. Geklagt hat ein früherer Mitarbeiter der Firma. Diesem war im April fristlos gekündigt worden - wegen Beleidigung mit „haltlosen Vorwürfen“, so die Firmenleitung.

Firma soll Zollbeamte bestochen und verdorbenes Fleisch geliefert haben

Dahinter stecken Vorwürfe des Ex-Mitarbeiters, das Unternehmen habe mit verdorbenem Fleisch gehandelt, Zollbeamte bestochen und Hygienevorschriften verletzt. Etwaige Verstöße sind allerdings kaum zu beweisen: das Fleisch ist inzwischen verbraucht. Neben dem entlassenen Mitarbeiter gibt es weitere Zeugen, die im Dezember zu dem angeblichen Handel mit verdorbenem Fleisch aussagen wollten. Bei Redaktionsschluss lagen noch keine neuen Informationen vor.

Veterinäramt kontrollierte nur Papiere

Die für Lebensmittelkontrolle zuständige Behörde führte im Sommer im Auftrag der Staatsanwaltschaft eine außerordentliche Betriebskontrolle durch. Das Veterinäramt prüfte allerdings nur die Kontrollpapiere über den Produktionsablauf, die Betriebe mit EU-Zulassung erstellen müssen. Die Qualitätskontrolle des Fleisches unterliegt dagegen dem Hersteller selbst. Der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure verteidigte diese Regelung. EU-zertifizierte Betriebe seien verpflichtet, jeden Arbeitsgang von der Eingangskontrolle über die Reinigung bis zur Produktion zu dokumentieren. Ungereimtheiten würden garantiert entdeckt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure, Herderstr. 1a, 38350 Helmstedt
Tel. 05351 / 5953-01, Fax -02
www.lebensmittelkontrolle.de

Quellen: MAZ 25.11., 01.12.05, taz 05.12.05

Kaum Pestizidbelastung bei Bio-Produkten

BfR: Pflanzenschutzmittel-Rückstände gefährden die Gesundheit

Im November hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bestätigt, dass bei einer Belastung mit verschiedenen Pestiziden „eine Vielzahl von gesundheitsschädlichen Wechselwirkungen denkbar“ sind. Bei der Tagung zum Thema „Mehrfachrückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln“ diskutierten Experten die Auswirkungen von kombinierten chemischen Stoffen im Essen.

Während bei konventionellem Obst und Gemüse immer häufiger die gesetzlichen Grenzwerte überschritten werden und die meisten belasteten Früchte Rückstände von mehreren Pestiziden enthalten, sind die Verbraucher von Bioprodukten offenbar auf der sicheren Seite. Das zeigen die Ergebnisse eines bundesweiten Monitorings für Obst und Gemüse im Naturkosthandel, das seit zwei Jahren unter Leitung des Bundesverbandes Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung und Handel läuft.

Mehrfachbelastungen fast nur im konventionellen Anbau

Von den knapp 900 Bio-Proben wiesen nur 2,3 Prozent eine Mehrfachbelastung auf. Laut EU-Kommission sind dagegen 20,5 Prozent aller Proben pflanzlichen Ursprungs mehrfach belastet. Bei bestimmten konventionellen Früchten ist das Risiko sogar noch höher. Zum Beispiel hat die baden-württembergische Lebensmittelüberwachung bei 88 Prozent aller Paprikaprodukten, die 2004/2005 analysiert worden sind, Mehrfachrückstände festgestellt. Die deutlich geringere Belastung von Bio-Obst und Gemüse mit Pflanzenschutzmitteln sei ein messbarer Erfolg des ökologischen Landbaus und der Kontrolle auf allen Ebenen der ökologischen Erzeugung und Verarbeitung, so der Naturkostverband.

Grenzwerte berücksichtigen Kombinationswirkungen nicht

Aktuelle Forschungen etwa an der Universität Oldenburg belegen laut BNN, dass Stoffe, die einzeln harmlos sind, kombiniert in derselben Konzentration giftig wirken können. Bei der Festlegung von Grenzwerten für Lebensmittel werden diese Kombinationswirkungen bisher jedoch nicht berücksichtigt.

Ende November veröffentlichte Greenpeace den Test „Supermärkte im Pestizid-Vergleich“. Danach ist ein Fünftel des Obstes und Gemüses in den Ladenregalen nicht empfehlenswert. Von 660 Proben wiesen 100 mehr Rückstände auf als erlaubt sind. Bei 16 Proben wurden Belastungen nachgewiesen, die für Kleinkinder akut gesundheitsgefährdend sind. Außerdem wurden vermutlich bei 27 Proben verbotene Pflanzenschutzmittel eingesetzt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Thielallee 88-92, 14195 Berlin
Tel. 01888 / 412-4300, Fax -497
eMail: pressestelle@bfr.bund.de
www.bfr.bund.de

Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung und Handel, Ebertplatz 1, 50668 Köln
Tel. 0221 / 39756-47
eMail: info@n-bnn.de
www.n-bnn.de
www.bnn-monitoring.de

Greenpeace, Chemieexperte Manfred Krautter, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-358, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de/einkaufsnetz

Kurzmeldungen

Tipps für Öko-Weihnachtsbäume

Die Umweltorganisation Robin Wood gibt im Internet Tipps zu Weihnachtsbäumen aus ökologischem Anbau. Schätzungsweise 23 Millionen Bäume werden für Weihnachten in Deutschland verkauft. Nach Angaben von Robin Wood stammen die meisten davon aus Plantagen, die stark gedüngt und mit Pestiziden gespritzt werden. Die Folge sei eine große Belastung für Böden und Gewässer. Dass es auch anders geht, will der Umweltverband deshalb im Internet mit Informationen über Öko-Weihnachtsbäume mit glaubwürdigem Siegel zeigen. (mbu)

Robin Wood, Tel. 040 / 38089211,
www.robinwood.de

Neue Allergen-Kennzeichnungspflicht in Kraft

Seit dem 25. November 2005 gilt eine neue Kennzeichnungsvorschrift für Lebensmittel, die Allergikern den Einkauf erleichtern soll. Bei verpackten Lebensmitteln ist nun eine Kennzeichnung derjenigen 12 Zutaten vorgeschrieben, die 90 Prozent der Allergien auslösen. Auf der Verpackung der Lebensmittel, die nach diesem Stichtag produziert wurden, müssen alle Einzelzutaten sowie zusammengesetzte Zutaten aufgelistet werden, die eine Lebensmittelallergie oder -intoleranz auslösen können. Die neue Kennzeichnungspflicht ist aus Sicht der Verbraucherorganisationen für einen Großteil der Allergiker eine bessere Einkaufshilfe als zuvor. (mbu)

Quelle: ZADI-Newsletter 48/2005;
www.was-wir-essen.de/infosfuer/allergie_5813.cfm

Archiv Ökologische Agrarkultur gegründet

Anfang Dezember ist in Kassel der Verein „Archiv Ökologische Agrarkultur“ gegründet worden. Der Verein will Materialien zur Geschichte der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft sammeln und aufbereiten. Das Motto des Archivvereins: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten“. Gründungsmitglieder sind der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), die Forschungsinstitute für biologischen Landbau (FiBL) Schweiz und Deutschland, die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) sowie mehrere Einzelpersonen. Der Standort des Archivs

wird in Witzenhausen (Nordhessen) sein, um von der Nähe des dort ansässigen Fachbereichs Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel zu profitieren. Zurzeit werden Räume gesucht und eine Internetseite aufgebaut. (mbu)

Archiv Ökologische Agrarkultur i. Gr., Witzhausen, Tel. (vorl.): 06154 / 624207, 0561 / 2873954

Stromrechnung muss ab sofort Energiequellen aufschlüsseln

Seit dem 15. Dezember müssen Energiekonzerne die Herkunft des von ihnen gelieferten Stroms auf der Jahresrechnung aufschlüsseln. Ob das zu mehr Klarheit für die Verbraucher/innen führt, hängt nach Meinung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) allerdings davon ab, wie die Unternehmen die Vorgabe umsetzen. Der Verband befürchtet, dass die Stromwirtschaft die wahre Zusammensetzung ihres Stroms verschleiern wird. Dies sei möglich, weil es keine eindeutige Regelung gebe, wie die Konzerne ihren Strommix und die daraus folgenden Umweltbelastungen darstellen müssen. Bei EU-Importstrom muss offenbar nur der durchschnittliche Energiemix in der gesamten EU angegeben werden. Die DUH forderte die Bundesregierung auf, klare, einheitliche und verbindliche Vorgaben für die Aufschlüsselung der Informationen zu machen. (mbu)

DUH, Radolfzell, Tel. 07732 / 9995-0,
www.duh.de

■

Lesenswert

Für eine Pestizid-Reduktion in Deutschland

Die neue Broschüre des Pestizid-Aktionsnetzwerks (PAN) informiert u. a. über die Gesundheitsrisiken und die Auswirkungen des Pestizideinsatzes auf Ökosysteme. Nach Angaben von PAN Germany ist hierzulande mehr als die Hälfte der untersuchten pflanzlichen Lebensmittel mit Pestiziden belastet. Ein Drittel der Proben enthält danach einen Giftcocktail aus Pflanzenschutzmitteln. Neben den Folgen für die menschliche Gesundheit führen die Pestizidrückstände auch dazu, dass die Ziele für den Gewässerschutz nicht eingehalten werden. Auch das bundesweite „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“, das Anfang 2005 gestartet wurde, ist Thema der Publikation. (mbu)

PAN Germany (Hg.): Für eine Reduktion des Pestizideinsatzes in Deutschland, Hamburg 2005, 88 S.; Bezug: PAN, Fax 040 / 3907520, www.pan-germany.org

Grüne Beute: Biopiraterie bei Heil- und Nutzpflanzen

Immer wieder versuchen Pharmakonzerne, Hochschulen und Agrarunternehmen sich Patente und andere geistige Eigentumsrechte auf Heil- und Nutzpflanzen zu sichern. Häufig gelingt es ihnen. Selbst das überlieferte Wissen einheimischer Expert/innen über die Verwendung dieser Pflanzen betrachten die Forscher/innen und Unternehmen als ihr Eigentum. In dem Buch zeigen Teilnehmer/innen der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, auf welche Weise die so genannten Biopiraten ihre „Beutezüge“ durchführen und auf welche Widerstände sie stoßen. (mbu)

BUKO (Hg.): Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand; Totzdem-Verlag 2005; 160 S. 12,- Euro; Bezug: Buchhandlung oder www.buko.info/publikationen/publikation/gruenebeute.html

■

Stromsteuersenkung lässt Arbeitslosigkeit steigen

Solarenergie-Förderverein: Energie statt Arbeit stärker belasten

Die große Koalition will voraussichtlich die Stromsteuer für stromintensive Unternehmen senken und auf höchstens 0,05 Cent pro Kilowattstunde beschränken. Diese Maßnahme soll die angedrohte Abwanderung energieintensiver Betriebe, z.B. der Aluminium- und Kupferhütten, der Elektro-Stahlwerke und vieler Betriebe der stromintensiven chemischen Großindustrie, verhindern. In Folge einer solchen Entlastung würde die Lage der personalintensiven Betriebe aber nur weiter verschlechtert, befürchtet der Solarenergie-Förderverein (SFV). Weil bei diesen Betrieben mehr Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, werde die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt weiter sinken.

Personalintensive Unternehmen haben im Gegensatz zu energieintensiven höhere Kosten. Sie müssen nicht nur die Nettolöhne zahlen, sondern indirekt auch noch die Lohnsteuer und die Lohnnebenkosten. Nach Angaben des SFV zeigt ein Vergleich der jährlichen Steuer- und Abgabenlast in Deutschland, dass der Produktionsfaktor Arbeit mehr als zehnmal so viel belastet wird wie der Faktor Energie. So liege es auf der Hand, dass seit Jahren personalintensive Betriebe schließen und energieintensive Betriebe sich vergrößern. Damit Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden, müssten die personalintensiven Betriebe bei Steuern und Abgaben entlastet werden, nicht die energieintensiven, so die Folgerung des SFV. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV), Geschäftsführer Wolf von Fabbeck, Herzogstr. 6, 52070 Aachen
Tel. 0241 / 511616
eMail: zentrale@sfv.de
www.sfv.de/lokal/mails/wvf/arbeitun.htm

Umfrage: Unternehmen für anspruchsvolle Energiepolitik

Nachhaltigkeitsorientierte Firmen sehen große Einsparpotenziale

Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) hat anlässlich des Regierungswechsels seine Mitgliedsunternehmen zu Umweltpolitik und Energiesparpotenzialen befragt.

Laut B.A.U.M. plädierten von den antwortenden Unternehmen

- 92 % für ein eigenständiges Umweltministerium einschließlich der Zuständigkeit für Energiefragen,
- 92 % für eine Weiterentwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie,
- 97 % für eine weitere Umsetzung des Kyoto-Protokolls,
- 93 % für ein radikales Klimaschutzprogramm, wie es u.a. UNEP-Direktor Klaus Töpfer fordert,
- 82 % für die Umsetzung des von B.A.U.M. entwickelten nachhaltigen Wachstumskonzepts WIBBO²
- 79 % für einen Abbau der Bürokratie, vor allem in der Steuerpolitik,

Energieeinsparpotenziale

- 93 % sehen Energiesparpotenziale (bis rund 23 %) im eigenen Unternehmen.
- 100 % der Unternehmen sehen in der Wirtschaft allgemein, d.h. in anderen Unternehmen, mit rund 39 % noch wesentlich höhere Einsparpotenziale.

Differenziert wurde die Förderung der Erneuerbaren Energien sowie von Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz und Energiesparen bewertet. Die höchsten Prioritäten erhielten (mit Schulnotenbewertung) die Förderung von:

- Energiesparmaßnahmen:	1,51
- Energieeffizienz:	1,57
- Altbausanierung:	1,63
- Solarwärme:	1,79
- Photovoltaik:	1,82
- Biomasse:	1,84

- 43 % wollen neue Förderschwerpunkte mit anderen Fördersätzen.
- 69% der Unternehmen fordern eine Bevorzugung von Unternehmen mit Öko-

Audit nach EMAS bzw. ISO 14000 bei öffentlichen Ausschreibungen.

- 82% der Unternehmen sind gegen eine AKW-Laufzeitverlängerung. (mb) ■

• Weitere Informationen

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.), Maximilian Gege, Osterstr. 58, 20259 Hamburg
Tel. 040 / 4907-1100, Fax -1199
eMail: maximilian.gege@baumev.de
www.baumev.de

² Wachstums-, Innovations-, Bildungs- und Beschäftigungs-Offensive. Konzept siehe: Maximilian Gege, Die Zukunftsanleihe - Wie Deutschland ein Modell für nachhaltiges Wachstum und weltweiten Wohlstand werden kann (Oekom-Verlag). Kurzfassung bestellen: maximilian.gege@baumev.de

Erneuerbare Energien wirken auf Natur und Landschaft

Symposium beriet über Vereinbarkeit von Klima- und Landschaftsschutz

Der Deutsche Rat für Landespflege (DRL) hat zusammen mit der Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 19. und 20. Oktober 2005 ein Symposium veranstaltet. Verschiedene Fachvorträge zu Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomassenutzung dienten der Beantwortung der Frage, an welchen Standorten und unter welchen Bedingungen sich die Nutzung erneuerbarer Energien aus Sicht des Naturschutzes mehr oder weniger eignet.

Der Sprecher des DRL Prof. Dr. Werner Konold wies in seiner Einführung darauf hin, dass es keine Alternative zur verstärkten Nutzung der erneuerbaren Energien gibt. Und doch träten zahlreiche und immer schärfer werdende Konflikte zu Tage, u. a. weil die Energiegewinnung zunehmend in die große Fläche gehe. Die Aufgabe der Landespflege sei es, die Probleme zu identifizieren und beim Namen zu nennen, sie zu gewichten und Lösungsansätze zu formulieren sowie nach Synergien zwischen Energiegewinnung auf der einen und Naturschutz und Landschaftsästhetik auf der anderen Seite zu suchen.

Neun Prozent Erneuerbaren-Anteil an der Stromerzeugung 2004

Der weitere kontinuierliche Ausbau der erneuerbaren Energien spielt in der Energiepolitik des Bundes eine zentrale Rolle, wie Dr. Harald Kohl vom Bundesumweltministerium (BMU) erläuterte. Der Ausbau sei eine wichtige Säule der seit 1998 betriebenen Energiewende. Aussagen umwelt- bzw. energiepolitischer Sprecher der großen Parteien lassen darauf schließen, dass diese auch in einer Großen Koalition fortgesetzt würde. 2004 trugen die erneuerbaren Energien 53,9 TWh³ zur Brutto-Stromerzeugung bei, dies entspricht einem Anteil von fast 9 Prozent.

Prof. Dr.-Ing. Kurt Häge, Vorstand der Vattenfall Europe AG in Berlin, schätzte die Nutzung erneuerbarer Energien als sinnvolle Ergänzung des Energiemixes

und zur CO₂-Reduzierung ein. Die Wirtschaftlichkeit müsse jedoch verbessert werden, um die Subventionen reduzieren zu können. Aus Sicht eines Energieunternehmens definierte er die Nachhaltigkeit der Energieversorgung als umweltverträglich, wirtschaftlich und versorgungssicher. In Zukunft würden die Offshore-Windkraft und die Biomasse wahrscheinlich die dominierende Rolle spielen.

Windkraft: Anlagen auf kahlen Bergen und an Feuchtgebieten ungünstig

Bei der Windkraft werden in den nächsten Jahren das Repowering und der Bau von Offshore-Anlagen im Vordergrund stehen. Bei der aktuellen Debatte werden Fragen des Landschaftsbildes („Verspargelung“) und des Artenschutzes diskutiert. Eine geeignete Standortwahl hält Dr. Hermann Hötter vom Michael-Otto-Institut Bergenhäuser für die beste Methode, Konflikte zwischen Windkraftnutzung und Naturschutzbelangen zu verringern. Besonders ungünstig auf die Avifauna wirkten sich Windparks an Feuchtgebieten und kahlen Gebirgrücken aus; insbesondere hohe Fundzahlen von verunglückten Seeadlern und Rotmilanen seien problematisch. Für Fledermäuse seien Windkraftanlagen an Waldstandorten besonders risikoreich.

Wilhelm Breuer vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz stellte die Hinweise des niedersächsischen Landkreistages zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Standortplanung von Windenergieanlagen vor. Eine Standortplanung sei auf Ebene der Landes- und Regionalplanung zu fordern. Bedeutende Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (hierzu zählen auch Landschaftsbildeinheiten mit hoher Bedeutung) seien von Windenergieanlagen freizuhalten bzw. es seien genügend große Abstände einzuhalten. Bei allen Standortplanungen müsse die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung voll berücksichtigt werden.

Mehr Freiflächenanlagen für Solarenergie geplant

Die Photovoltaik hat mit einem Anteil von einem Prozent an der durch erneuerbare Energien erzeugten Strommenge eher einen Nischencharakter. Dr. Frank Musiol vom Naturschutzbund (NABU) stellte die zu erwartende Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen dar. Durch die EEG-Novelle ist die Freigabe von Flächen

eingeschränkt, trotzdem sei mit einer Steigerung der Leistung durch Freiflächenanlagen von heute 60 MW auf 650 MW zu rechnen: Zusätzlich zu den zurzeit durch Freiflächenanlagen genutzten 465 Hektar würden 2.600 Hektar beplant. Bevorzugt sollten bereits belastete Flächen unter Beachtung von Kriterien für eine naturverträgliche Ausgestaltung verwendet werden, so Musiol. In Bezug auf die Artenvielfalt könnten sich so auch für den Naturschutz positive Effekte ergeben. Landschaftsästhetische Aspekte blieben hierbei jedoch ausgeklammert.

Zukunft der Photovoltaik sind Anlagen auf Gebäuden

Hans Leicht vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz in Augsburg griff dies auf und plädierte für die Beachtung einheitlicher ökologischer Standards für Freiflächenanlagen, wie die richtige Standortwahl, eine wirksame Umweltprüfung sowie eine landschaftsgerechte Grünplanung und ein Monitoring. So seien Klimaschutz und Landschaftsschutz gleichzeitig möglich. Die Zukunft der Photovoltaik liege allerdings in bauwerkintegrierten Anlagen.

Wasserkraftanlagen sollen Fischfauna berücksichtigen

Die Wasserkraft stellt nach wie vor eine wichtige regenerative Energiequelle dar, deren Potenzial in Deutschland allerdings weitgehend genutzt ist. Sie trägt rund 5 Prozent zur Stromerzeugung bei. Ulrich Dumont vom Ingenieurbüro Floecksmühle in Aachen veranschaulichte in seinem Vortrag die ökologischen Auswirkungen der Querbauwerke von Wasserkraftanlagen, die einerseits den aquatischen Lebensraum veränderten und andererseits die Durchgängigkeit der Fließgewässer unterbrächen. Gleichwohl gäbe es Strategien zur Minimierung der negativen Einflüsse auf die Gewässerökologie, z. B. durch optimal gestaltete Fischaufstiegsanlagen. Diese dürften nicht zu klein, sondern müssten der Größe des Gewässers sowie der Fischfauna angepasst dimensioniert sein. Besonders zu berücksichtigen sei die kumulative Wirkung von Wanderhindernissen in einem Gewässersystem, die z. B. beim Abstieg die Gesamtüberlebensrate drastisch beeinflussen könne.

Reiner Diemel, Leiter des Dezernats Eingriffs- und Ausgleichregelung/Umweltfolgenabschätzung des Regierungspräsidiums Gießen, legte verschiedene Lösungsansätze zur Verbesserung der Auf- und

3 TWh = 1 Terawattstunde = 1 Milliarde kWh

Abwanderung an Fließgewässern vor. Fischwanderhilfen können in Hessen auch über die naturschutzrechtliche Ausgleichsabgabe finanziert oder als Kompensations- oder Ökokontomaßnahme für andere Eingriffsvorhaben gebaut werden. Hierzu stellte Diemel das in Hessen genutzte Anerkennungs- und Bewertungsverfahren vor. Eingriffe in die biologische Fließgewässerzonierung blieben aber unvermeidbar.

Intensive Biomassenutzung kann Arten- und Biotopschutz verändern

Die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung birgt ein großes Potenzial. Deren räumliche Auswirkungen seien jedoch um ein Vielfaches größer als bei der Energiegewinnung aus fossiler Energie, wie Dr. Michael Rode vom Institut für Umweltplanung der Universität Hannover erklärte. Eine drastische Ausweitung der Biomassenutzung wirke sich stark auf Naturlandschaft, Landnutzungssysteme, Landschaftsfunktionen, regionale Stoffströme und andere Raumnutzungen aus. Es bestehe die Gefahr einer Nutzungsintensivierung mit unbekanntem Konsequenzen vor allem für den Arten- und Biotopschutz sowie das Landschaftsbild. Der Einsatz von Pestiziden könne sich allerdings verringern und die Nutzung von Biomasse könne z. T. zur Minderung der Kosten für den Naturschutz beitragen: Dazu müssten jedoch Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen angepasst und Naturschutzstrategien weiterentwickelt werden.

Energiewälder ziehen Sommervogel an

Frank Burger von der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) in Freising berichtete über die Ergebnisse der Forschungsprojekte der LWF insbesondere über die ökologischen Auswirkungen von so genannten Energiewäldern. Energiewälder sind gekennzeichnet u. a. durch extrem kurze Umtriebszeiten, züchterisch bearbeitete Arten sowie den Anbau auf stillgelegten landwirtschaftlichen Flächen. Die Vielfalt von Pflanzenarten und -gruppen sowie von Sommervogelarten nahm gegenüber dem Umland zu, berichtete Burger. Die Besiedlung mit Wald-Spinnenarten zeige, dass Energiewälder als "Trittsteine" in der ausgeräumten Landschaft fungieren können.

Möglichkeiten zur Wiederherstellung gestörter Kulturlandschaften und In-Wertsetzung durch die Produktion nachwachsender Rohstoffe zur energetischen Nut-

zung schilderte Dr. Oliver Bens vom Lehrstuhl für Bodenschutz und Rekultivierung der TU Cottbus. Die ehemaligen „Energie-landschaften“ der Braunkohlenreviere könnten dabei „Energie-landschaften“ bleiben, durch standortangepasste, differenzierte Anbausysteme (z. B. „Alley Cropping“) könnten sehr hohe Biomassezuwächse erzielt werden. Durch eine integrierte Landnutzung für die Produktion von energetisch verwertbarer Biomasse und Nahrungsmitteln sei eine Wiederherstellung bzw. Erhaltung von Kulturlandschaften möglich, die Strukturvielfalt und Biodiversität könnten erhöht werden. Es seien aber die konkurrierenden Nutzungsansprüche bei der Biomassebereitstellung bzw. -nachfrage zu berücksichtigen.

Nachwachsende Rohstoffe konkurrieren mit Nahrungsmitteln

Dr. Tobias Plieninger von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stellte die Kompatibilitäten, Synergien und Unverträglichkeiten von Bioenergie und Kulturlandschaftsentwicklung gegenüber. Da die Nutzung der Biomasse neben Vorteilen - wie Klimaschutz, Belebung des ländlichen Raums oder Perspektiven für die Land- und Forstwirtschaft - auch Nachteile etwa in Form von Nutzungskonkurrenzen und Naturschutzkonflikten mit sich bringe, sei eine kritische Begleitung und positive Vision durch den Naturschutz erforderlich, u. a. um eine gute fachliche Praxis in der Biomasseproduktion zu sichern.

Die Gefahr der Nutzungskonkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion und dem Naturschutz hob auch Dr.-Ing. Daniela Thrän vom Institut für Energetik und Umwelt Leipzig in ihrem Vortrag über Perspektiven und Szenarien für eine nachhaltige Biomassenutzung hervor. In Deutschland gebe es große noch ungenutzte Biomassepotenziale. Entscheidend sei die Rolle der Energiepflanzen, für die geeignete nachhaltige Rahmenbedingungen zu schaffen seien. Der nachhaltige Ausbau der Biomassenutzung in Deutschland werde wesentlich von der gesamteuropäischen Entwicklung der erneuerbaren Energien und der Landwirtschaft beeinflusst. Das Einsparpotenzial der Klimagasemissionen durch Biomasse insgesamt schätzte Thrän für Deutschland auf 6 Prozent.

Biomasse hat hohen Nutzen für Klimaschutz

Aus der Ökobilanz der Nutzung von Biomasse folgerte Kirsten Wiegmann vom Öko-Institut Darmstadt, dass deren Nutzung einen hohen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne und sich hinsichtlich anderer Umweltwirkungen nicht problematischer als andere Energieträger verhalte. Weitere Forschung und Anbauversuche könnten die möglichen Synergien zwischen Naturschutz und Energiepflanzenanbau vorantreiben. Insgesamt sei die Nutzung von Bioenergie aus Umweltsicht positiv zu bewerten und sollte weiter ausgebaut werden.

Im Plenum wurden anschließend u. a. Themenbereiche der erwarteten Landschaftsveränderungen und ethische Gesichtspunkte diskutiert.

Der DRL wird die Ergebnisse des Symposiums auswerten; diese Stellungnahme wird zusammen mit den Vorträgen im Jahr 2006 in der Schriftenreihe des DRL erscheinen.⁴ ■

Gastautorin: Ruth Rottmann, Deutscher Rat für Landespflege

• **Weitere Informationen**

Deutscher Rat für Landespflege (DRL),
Ruth Rottman, Konstantinstr. 110,
53179 Bonn
Tel. 0228 / 331097
eMail: drl-bonn@t-online.de
www.landespflege.de

⁴ Das Projekt wird vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums und der Lennart-Bernadotte-Stiftung gefördert.

Große Hoffnung: Ausbau erneuerbarer Energien

DNR lobte Vereinbarungen zur Energieeffizienz im Koalitionsvertrag

Der DNR hat Teile der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD positiv bewertet. Das Bekenntnis, die Nachhaltigkeitsstrategie fortzuführen, lobte DNR-Präsident Hubert Weinzierl ausdrücklich. „Hoffnung setzen wir auch auf die angestrebte Steigerung der Energieeffizienz sowie auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Rohstoffe“, sagte er auf der Mitgliederversammlung des DNR Mitte November in Leipzig.

Bis 2020 sollen die Energieeffizienz in Deutschland verdoppelt und der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 20 Prozent gesteigert werden. Ziel ist, pro Jahr etwa 5 Prozent der Gebäude, die vor 1978 errichtet wurden, energetisch zu sanieren.

Positiv sieht der DNR auch, dass Deutschland Vorreiter beim Klimaschutz bleiben und den weltweiten Temperaturanstieg auf ein Niveau von zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzen will. Um dieses Ziel zu erreichen, spricht sich die Koalition für ein neues internationales Klimaschutzabkommen nach 2012 und die Senkung der CO₂-Emissionen der EU um 30 Prozent bis 2020 aus.

Verkehrspolitik gefährdet Klimaschutz und Arbeitsplätze

Allerdings würden diese positiven Ansätze durch die verkehrspolitischen Beschlüsse konterkariert, sagte Weinzierl. So sei die freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilindustrie, Sprit sparende Fahrzeuge zu bauen, völlig unzureichend. Anstatt die notwendige höhere Energieeffizienz auch im Straßenverkehr beispielsweise durch die Einführung von CO₂-Grenzwerten zu fördern, setzten die Koalitionspartner auf Nichtstun und gefährdeten damit nicht nur das Klima, sondern auch Arbeitsplätze. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: sekretariat@dnr.de
www.dnr.de

Kosten für Erneuerbare Energien erstmals gesunken

Ökostrom-Förderung ging auf 2,4 Milliarden Euro zurück

Die Kosten für Strom aus Erneuerbaren Energien sind in diesem Jahr erstmals gesunken, gleichzeitig ist der Anteil dieses Stroms am Energiemix um mehr als zwanzig Prozent gewachsen. Das geht aus einer Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums (BMU) vom November hervor. Danach kostete die Förderung für Strom aus Erneuerbaren Energien 2005 insgesamt 2.422 Millionen Euro. Das sind 58 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Damit widersprach das BMU dem Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), der steigende Kosten für nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geförderten Strom prognostizierte. Der VDEW sei bei seinen Berechnungen offenbar von unzutreffend niedrigen Annahmen zum Wert des nach EEG vergüteten Stroms ausgegangen, hieß es beim BMU.

Vor allem Strom aus Windkraft entlastet künftig Verbraucher/innen

Die Informationskampagne der Bundesregierung für Erneuerbare Energien rechnet damit, dass die Verbraucher/innen durch Regenerativstrom bald noch weiter entlastet werden. Dafür spricht auch, dass Strom aus Windkraft im Jahr 2005 um 300 Millionen Euro günstiger geworden ist, wie der Bundesverband Windenergie kürzlich bekannt gab. Auch die Volkswirtschaft profitiert immer mehr von Erneuerbaren Energien: Wie der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) in Berlin mitteilte, ersetzen heimische Erneuerbare Energien in diesem Jahr Öl-, Kohle- und Gasimporte im Wert von drei Milliarden Euro. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Informationskampagne Erneuerbare Energien, Christoph Podewils, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin
Tel. 030 / 200535-54, Fax -51
eMail: c.podewils@unendlich-viel-energie.de
www.unendlich-viel-energie.de
www.erneuerbare-energien.de/inhalt/36181

Gabriel: „Ich bin Innovationsminister“

Neuer Umweltminister will Ökologie und Ökonomie verbinden

In einem Interview hat sich Umweltminister Sigmar Gabriel zu Atompolitik, Klimaschutzzielen und Veränderungen im Verkehrswesen geäußert. Gabriel fordert die weitere Erkundung des Endlagers Gorleben, allerdings nur im Vergleich mit anderen möglichen Endlagern. Sicherheitsmanagement und Atomaufsicht möchte der Umweltminister durch eine unabhängige Behörde prüfen lassen. Die Übertragung der Restlaufzeiten von alten Kraftwerken auf Neue hält er für sinnvoll - dies erhöhe die Sicherheit. Gabriel sprach von einer „Überbürokratisierung“ der Grünen. Daher wolle er Planungsverfahren beschleunigen - dies sei ohne Nachteil für die Umwelt. Außerdem kritisierte der Minister das zerstückelte Umweltrecht. Er wolle stärker „die technologische Seite der Umweltpolitik betonen“ Immer wieder betonte Gabriel die Bedeutung der Innovations- und Technologiepolitik, um Energie und Ressourcen einzusparen und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien „macht unsere Volkswirtschaft wettbewerbsfähiger“.

Gebäudesanierung, Kfz-Steuer und Alternative Kraftstoffe

Gabriel zitierte den Koalitionsvertrag, wonach öffentliche und private Ausgaben für Energieforschung verdoppelt und 1,5 Milliarden Euro für die energetische Gebäudesanierung bereitgestellt werden sollen. Ferner soll CO₂ die Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer werden und langfristig sollen Alternative Kraftstoffe das Öl ersetzen. Gabriel sprach von der Förderung der Biomasse, Biodiesel hält er dagegen für ineffektiv. Er benannte die Defizite bei der Treibhausgasbekämpfung und forderte Länder die das Protokoll nicht ratifizierten zum Klimaschutz auf. Nach dem auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 forderte Sigmar Gabriel „fest vereinbarte Mindestanziele“ zum Klimaschutz. (if) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Quelle: Die Zeit, 24.11.2005

Protest gegen Schweizer Atommülllager

LNV fordert Beteiligung deutscher Umweltverbände am Standort Benken

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) hat die Schweiz aufgefordert, die Naturschutzverbände des Landes am Verfahren um das geplante Atommülllager Benken bei Basel zu beteiligen. An die Nationale Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz (NAGRA) appellierte er, einen geologisch sicheren Standort zu suchen. Aus Sicht des LNV entstehen für die Bevölkerung im Südwesten „erhebliche Gefahren“, wenn der Standort Benken genehmigt wird.

Bereits jetzt sei die Region am Hochrhein durch die Konzentration von Schweizer Atomanlagen (Vier Atomkraftwerke, ein Atomforschungszentrum, ein atomares Zwischenlager und eine Verbrennungsanlage für radioaktiven Müll) einem hohen Risiko ausgesetzt. Deutsche Bürger/innen seien von einem möglichen Unfall ebenso betroffen wie die Anwohner/innen auf Schweizer Seite. Der LNV bemängelte, dass von deutscher Seite aus kaum gegen das geplante Endlager Benken interveniert oder geklagt werden könne.

Zu dünne Tonschicht und ungeklärte Erdbebengefahr in Benken

Auch die geologische Tauglichkeit des Standortes Benken, wie sie im Entsorgungsnachweis der NAGRA steht, stellte der LNV in Frage. Die ausgewählte Tonschicht sei zu dünn und es sei nicht geklärt, wie sich Erdbeben und Geländehebungen auswirken. Außerdem fehlte ein Standortauswahlverfahren mit definierten Kriterien. Die Prüfung alternativer Standorte bezeichnete der LNV als mangelhaft. Geologische Sicherheit müsse aber Vorrang haben vor der politischen Entscheidung für einen „bequemen“ grenznahen Standort. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV), Olgastr. 19, 70182 Stuttgart
Tel. 0711 / 248955-20, Fax -30
eMail: info@lnv-bw.de
www.lnv-bw.de

Wärmedämmung für mehr Klimaschutz und Arbeitsplätze

Neues Konzept von IG BAU und DNR zur energetischen Gebäudesanierung

Der DNR und die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) wollen mit der so genannten energetischen Gebäudesanierung einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und neue Jobs schaffen. Dies könne mit dem gemeinsamen Konzept „Vorrang für Arbeitsplätze durch Umweltschutz“ erreicht werden, teilten die beiden Verbände Ende November mit.

Nach Angaben von IG BAU und DNR entspricht die Wärmedämmung von 80 Prozent aller Wohngebäude nicht den heutigen Standards. Bisher werde nur ein Bruchteil dessen saniert, was möglich wäre. „Jede Milliarde, die in die Wohngebäudesanierung investiert wird, schafft oder sichert mindestens 20.000 Arbeitsplätze“, sagte IG BAU-Chef Klaus Wiesehügel.

Weit mehr als eine halbe Million neue Jobs in Umweltbranchen möglich

Die Verbände lobten die Pläne der Regierung, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm deutlich aufzustocken, laut Koalitionsvertrag auf 1,5 Milliarden Euro. „Hier liegt die Zukunft von Klima und Bauwirtschaft gleichermaßen“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

Die Gewerkschaft und der Umwelt-Dachverband wollen gemeinsam die Energieeinsparung und Energieeffizienz stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen. Es gehe darum, Investitionen anzuregen und Arbeitsplätze zu schaffen. Bei den Erneuerbaren Energien, der energetischen Gebäudesanierung und im Ökologischen Landbau könnten bis zum Jahr 2020 über 600.000 Arbeitsplätze entstehen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: sekretariat@dnr.de
www.dnr.de

IG BAU, Sigrun Heil, Olof-Palme-Str. 19, 60439 Frankfurt/Main
Tel. 069 / 95737-135, Fax -138
eMail: presse@igbau.de
www.igbau.de

BDI-Kampfansage gegen Klimaschutzkonsens

Konzerne wollen Kyoto-Protokoll und deutsche Vorreiterrolle aufgeben

Zahlreiche Vertreter der deutschen Industrie wollen in der Klimapolitik offenbar auf den Kurs der USA einschwenken. Das geht aus dem Entwurf eines Strategiepapiers des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) hervor, den die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Ende November auf ihren Internetseiten veröffentlicht hat. Die darin enthaltenen internen Kommentare von acht BDI-Mitgliedsverbänden und drei Großkonzernen plädieren deutlich für eine Abkehr von dem seit 15 Jahren bestehenden klimapolitischen Allparteienkonsens in Deutschland. Statt verbindlicher Klimaziele fordert eine Mehrheit der beteiligten Verbände und Unternehmen die Aufgabe des Kyoto-Protokolls und einer deutschen oder europäischen Vorreiterrolle.

„Einmaliger Einblick in Anti-Klimaschutzstrategie der Industrie“

„Das BDI-Papier ist ein Dokument der klimapolitischen Ignoranz, wie wir sie uns noch vor einem Jahr nicht haben vorstellen können“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Es sei spannend, wie die Bundesregierung auf diesen Generalangriff auf die deutsche Klimapolitik reagiere. Resch forderte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf, die bisherige deutsche Klimapolitik fortzusetzen. Die DUH rechtfertigte die Veröffentlichung des ihr zugespielten Dokuments: Vor allem die interne Kommentierung biete einen einmaligen Einblick in die Anti-Klimaschutzstrategien zentraler Akteure der Industrie. Selbst wenn das Papier wegen der inneren Zerstrittenheit der Wirtschaft ein Entwurf bleibe, sei es eine Fundgrube für die klimapolitische Diskussion. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DUH, Gerd Rosenkranz, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-15, Fax -19
eMail: rosenkranz@duh.de
www.duh.de

Verkehrspolitik bisher Leerstelle im Klimaschutz

VCD fordert umweltschonende Verkehrsmittel und Kostenwahrheit

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat anlässlich der Klimakonferenz in Montreal die Bundesregierung aufgefordert, mit gutem Beispiel voran zu gehen und verbindliche Maßnahmen für effektiven Klimaschutz im Verkehrsbereich zu verabschieden. Es führe kein Weg vorbei an mehr Energieeffizienz, mehr Kostenwahrheit und Verlagerung von Verkehr auf umweltschonende Verkehrsmittel, damit Deutschland eine Senkung seiner Treibhausgase erreichen kann. Dafür sei nicht nur der Umweltminister gefragt, sondern auch die Ressorts Finanzen und Verkehr.

Während der besonders klimaschädliche Flugverkehr immer noch durch Steuerbefreiungen und direkte Beihilfen subventioniert werde, seien auf der anderen Seite Kürzungen in Milliardenhöhe für den klimaschonenden Umweltverbund aus Bus und Bahn im Gespräch, kritisierte der Vorsitzende des VCD Michael Gehrmann. Außerdem fehle es im motorisierten Straßenverkehr an der notwendigen Effizienzsteigerung. Das sei das Gegenteil von vorausschauendem Klimaschutz.

Besteuerung des Fliegens, Förderung des ÖPNV, CO₂-Grenzwerte für Pkw

Seit langem fordern der VCD und andere Umwelt- und verkehrspolitische Verbände deshalb, die Befreiung des Flugverkehrs von Mineralöl- und Ökosteuer sowie der Mehrwertsteuer auf internationalen Flügen aufzuheben und damit die hohen Subventionen des klimaschädlichen Fliegens zu beenden. Eine vernünftige Besteuerung im Sinne von mehr Kostengerechtigkeit und unter Berücksichtigung externer Kosten sei schon heute möglich.

Gleichzeitig müsse der öffentliche Verkehr ausgebaut und attraktiver gemacht werden. Er könne umso mehr zum Klimaschutz beitragen, je mehr Menschen vom Auto auf Bus und Bahn umstiegen. In diesem Zusammenhang kritisierte der VCD die Pläne der großen Koalition, die so genannten Regionalisierungsmittel zu kürzen. Diese Mittel überweist der Bund den Ländern, damit sie einen flächendeckenden, bezahlbaren Nahverkehr finanzieren (siehe auch Beitrag S. 29).

Für die Autoindustrie empfiehlt der VCD der Regierung, verbindliche CO₂-Grenzwerte für Pkw aufzuerlegen. Bisher konnten freiwillige Selbstverpflichtungen der Hersteller die notwendige Steigerung der Energieeffizienz nicht bewirken, angestrebte Verbrauchsminderungen wurden nicht erreicht. Deutschland solle sich an der "Erfolgsgeschichte der europäischen Schadstoffgrenzwerte" orientieren, forderte der Verband. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Daniel Kluge, Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10
eMail: presse@vcd.org
www.vcd.org

Kurzmeldungen

BUND: Klimaverhandlungen in Montreal waren zu „lahm“

Das Ergebnis der Klimakonferenz von Montreal ist von Umweltverbänden unterschiedlich bewertet worden. Der WWF bezeichnete es als Signal der internationalen Staatengemeinschaft, dass sie auch nach 2012 etwas gegen den Klimawandel unternehmen will. Der BUND hingegen forderte, dass die progressiven Staaten, vor allem die EU, angesichts der immensen Bedrohung durch den Klimawandel die Bemühungen forcieren müssten. Das Tempo der Verhandlungen in Kanada hätte aber „eher dem Gang einer lahmen Ente“ geglichen. Der SPD-Umweltpolitiker und Eurosolar-Präsident Hermann Scheer kritisierte die „Fixierung der Konferenz auf den ineffizienten Emissionshandel“ und den Trend zu Großprojekt-Lösungen. Die Konferenzteilnehmer/innen beschlossen, dass ab Mai 2006 beraten werden soll, wie es nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 mit der Reduzierung der Treibhausgase weitergehen soll. Die nächste Klimakonferenz soll voraussichtlich Ende 2006 in Nairobi stattfinden. (mbu)

BUND, Tel. 030 / 2758640, www.bund.net

Landliebe-Milchkühe bekommen Gentech-Futter

Gensoja-Anbau ist mit Schuld an Urwaldzerstörung in Südamerika

Greenpeace hat im November mit Protestaktionen darauf hingewiesen, dass die Molkerei Landliebe ihre Produkte mit Milch von Kühen herstellt, die mit genmanipuliertem Soja und Mais gefüttert werden. Nach Aussagen der Umweltorganisation ist der Anbau von Gen-Soja in Südamerika mit verantwortlich für die rasante Urwaldzerstörung und den erhöhten Einsatz von giftigen Spritzmitteln. Gesundheitliche Risiken sind noch weitgehend unerforscht. Bei Fütterungsversuchen mit Gen-Mais an Ratten zeigten die Tiere Veränderungen an Organen und Blutbild.

Ein Verzicht auf Gen-Pflanzen im Tierfutter ist sehr wohl möglich. Die Upländer Bauernmolkerei und die Andechser Molkerei in Deutschland sowie weitere in der Schweiz und Österreich praktizieren bereits die Fütterung ohne Gentechnik. Campina/Landliebe oder Müller-Milch hingegen beharren auf ihrer Auffassung, dass es keine Alternative zu Gentechnik-Futter gebe.

Zwei Drittel der Verbraucher wollen keine gen-manipulierte Milch

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts GfK vom Februar 2005 lehnen mehr als zwei Drittel der deutschen Verbraucher Milch von Kühen ab, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. 80 Prozent wären bereit, mehr für Milch zu bezahlen, wenn diese ohne Gen-Pflanzen im Futter produziert wurde. 45 Prozent würden sogar einen Aufpreis von zehn Cent pro Liter Milch zahlen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace, Gentechnik-Experte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-395, Fax -100
christoph.then@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Grünes Licht für den Anbau von genveränderten Pflanzen

Künftig haftet nur, wer nachweislich Schuld an Gentech-Kontamination hat

Die von der rot-schwarzen Bundesregierung vorgesehenen Änderungen des Gentechnikgesetzes sind bei Umweltverbänden und Landwirten, die ohne Gentechnik produzieren wollen, auf Kritik gestoßen. Laut Koalitionsvertrag soll die verschuldensunabhängige Haftung aus dem Gesetz gestrichen werden. Diese Regelung erlaubte es Landwirten bisher, ohne Nachweis alle Bauern von Nachbarfeldern zu verklagen, wenn der eigene Acker durch deren gentechnisch veränderte Saat verunreinigt wurde. In dem Änderungsvorschlag heißt es: „Verunreiniger von Nachbarfeldern werden nur dann zur Haftung herangezogen, wenn ihnen ein persönliches Verschulden nachgewiesen werden kann. In anderen Fällen soll ein Haftungsfond den Schaden regeln.“ Auch Forscher sollen künftig nicht mehr haftbar gemacht werden können, wenn von ihren Freisetzungsfeldern Gentech-Pollen in die Nachbarschaft gelangen.

Umwelt- und Erzeugerverbände befürchten nun eine Flächen deckende gentechnische Verunreinigung von Lebensmitteln. Der BUND prophezeite, dass es bald kein Essen mehr ohne Gentechnik gibt. Bioland sprach von einem „Freifahrschein“ für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Weil die Produktion gentechnikfreier Lebensmittel künftig nur noch mit hohen Kosten für Schutzmaßnahmen finanziert werden könne, würden diese für die Verbraucher/innen entsprechend teurer.

Das Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht in Tübingen hat die geplante Lockerung des gentechnikrechtlichen Haftungsrechts in Frage gestellt. Die vorgesehene Fondslösung sei ordnungspolitisch und verfassungsrechtlich problematisch, hieß es. Die Begründung: Die auf das Grundgesetz, das EU-Recht und die WTO gestützte Wirtschaftsverfassung gehe von einer Wirtschaftstätigkeit aus, die möglichst frei von staatlichen Einflüssen sein sollte. Unternehmer sollten keine Gewinne auf Kosten des Steuerzahlers machen dürfen.

Verursacherprinzip hat Verfassungsrang, sagen Juristen

Für den Umweltschutz hat dieser Grundsatz gemäß EU-Vertrag in Form des Verursacherprinzips sogar Verfassungsrang. Die Entlastung bestimmter Branchen wie der Agro-Gentechnik von den selbst verursachten Kosten durch Abwälzung auf einen Fonds sei mit diesen ordnungspolitischen Vorstellungen nicht vereinbar, so das Institut für Naturschutzrecht. Es sei nur schwer begründbar, durch Gentechnik verursachte Immissionen anders zu behandeln als andere. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: info@bund.net
www.bund.net

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 23979-12, Fax -27
eMail: presse@bioland.de
www.bioland.de

Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen, Christoph Palme, Ursrainer Ring, 8172076 Tübingen
Tel. 07071 / 6878-038, Fax -160
eMail: christoph.palme@naturschutzrecht.net
www.institut.naturschutzrecht.net

Kurzmeldungen

Gen-Erbse macht Mäuse krank

Zehn Jahre nach Beginn haben australische Forscher ihre Versuche mit gentechnisch veränderten Erbsen abgebrochen. Der Grund: Feldmäuse, die mit dem Gemüse gefüttert wurden, bekamen eine Lungenentzündung. Zwar sei die Erbsenpflanze aus dem Genlabor gegen Insektenbefall resistent gewesen, hieß es Mitte November beim Forschungsinstitut CSIRO. Doch hätten die Mäuse heftig auf die neue Nahrung reagiert. Die Forscher schließen nicht aus, dass das auch bei Menschen passieren könnte. Sie hatten den Erbsen ein Bohnenengemüse eingepflanzt, das die Verdauung von Stärke blockiert. Das sollte Schädlinge von den Erbsen fernhalten. (mbu)

Forschungsinstitut CSIRO, www.csiro.au



Lesenswert

Gen-Saaten: Das unterschätzte Risiko

Greenpeace hat im November Interviews mit neun Wissenschaftlern zum Thema Gentechnik veröffentlicht. Die Publikation mit dem Titel „Das unterschätzte Risiko“ dokumentiert aktuelle Ergebnisse aus Grundlagenforschung, Toxikologie und Pflanzenzüchtung. Die meisten der Experten äußerten deutliche Vorbehalte gegenüber der Sicherheitsbewertung gentechnisch veränderter Saaten. Die bisherigen Vorstellungen von Vererbung und Genregulierung, auf denen die Gentechnik beruht, müssten zudem zu großen Teilen korrigiert werden, so die Forscher. In der unabhängigen Wissenschaft sei zehn Jahre nach dem ersten kommerziellen Anbau von Gensoja die Einschätzung gewachsen, dass die Risiken der Gen-Saaten bisher eher unterschätzt wurden. Immer öfter würden unbeabsichtigte Effekte an genmanipulierten Pflanzen beobachtet, die beweisen, wie wenig kontrollierbar diese Saaten wirklich sind. (mbu)

Das unterschätzte Risiko, Interviews über Gen-Saaten, November 2005; im Internet: www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/gentechnik/greenpeace_genre_ader_deutsch.PDF

Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik

Das Buch von Brigitte Zarzer wendet sich an kritische Verbraucher/innen und gesellschaftspolitisch Interessierte. Die Leser/innen finden darin Hintergrundinformationen über gentechnisch veränderte Pflanzen, die bereits angebaut werden oder noch in der Entwicklung sind. Die Auswirkungen der Gentechnik auf Umwelt, Gesundheit und landwirtschaftliche Produktion werden ebenso beschrieben wie die Frage, was wir alle von der neuen Technik haben. Die Autorin will mit Fallbeispielen eine kritische Orientierungshilfe geben. (mbu)

Brigitte Zarzer: Einfach GEN:ial. Die grüne Gentechnik: Chancen, Risiken und Profite, November 2005; 190 S.; 16 Euro; ISBN 3-936931-30-5



**Gastbeitrag
Konzept einer öko-sozialen
Ressourcenbesteuerung**

**Den moralischen Konflikt zwischen
Ökologie und Ökonomie beseitigen**

Die Frage der Ökologie ist gleichzeitig eine der größten, wenn nicht die größte soziale Frage. Getreu dem Leitsatz „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ gilt auch:

**Nur Reiche können sich den
ökologischen Kollaps leisten**

Denn: Von ökologischen Katastrophen werden vor allem die Armen und Schwachen getroffen. Platt gesagt: Reiche Industrienationen bauen sich höhere Dämme - arme Staaten saufen ab.

Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist als internationale Forschergruppe der Vereinten Nationen (UN) zu der Einschätzung gelangt, dass sich die globale Durchschnittstemperatur in den nächsten 100 Jahre um bis 6°C erhöhen wird. Diese Auffassung wird von fast allen Forschern weltweit geteilt (sofern sie nicht gerade ein Gutachten im Auftrag der Öl- oder Kohleindustrie verfassen). Nun mag manch einer denken: sechs Grad wärmer wäre doch ganz angenehm, schließlich sind die deutschen Winter lang und kalt genug. Um die Ausmaße dieser Temperaturveränderungen zu verdeutlichen, sei hier nur ein Hinweis gegeben: Die globale Durchschnittstemperatur während der letzten Eiszeit lag um 4°C niedriger als unsere heutige. Nun mag sich jeder die gravierenden Unterschiede vor Augen führen, die diese geringe Veränderung zur Folge hatte.

Es besteht daher Einigkeit innerhalb des Großteils der Wissenschaft, aber auch weiten Teilen der Bevölkerung, dass der CO₂-Ausstoß radikal gesenkt werden muss. Dazu sind sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen notwendig (auch und gerade in Bezug auf Produkt-, bzw. Verbrauchskennzeichnung), aber auch tiefgreifende Umstrukturierungen im Bereich der Steuern und Abgaben. Denn:

Steuern heißen Steuern, weil sie steuern

Wir haben heute bereits zahlreiche Steuern und - ob wir wollen oder nicht - sie steuern das Handeln der Wirtschaftssubjekte durch eine Veränderung der Preisstruktur - nur in die falsche Richtung! Je-

der weiß aus eigener Erfahrung, dass Preise einen gewissen (wenn auch nicht den einzigen) Einfluss auf Kaufentscheidungen haben. Es ist ja gerade das Hauptargument, warum sich Menschen nicht öko-logisch verhalten, dass sie sich dieses nicht leisten könnten: man würde Auto fahren, weil das billiger sei, als mit der Bahn zu reisen, Ökolebensmittel könne man sich nicht leisten und müsse deshalb im Supermarkt einkaufen und die alte Waschmaschine zu reparieren sei sicherlich ökologisch sinnvoller, aber das koste mehr als eine neue zu kaufen etc. Genau hier müssen wir ansetzen: Der ständige moralische Konflikt zwischen ökonomischem und ökologischem Verhalten muss beseitigt werden.

Heute gehen über 60% des Steuer- und Abgabenaufkommens zu Lasten des Faktors Arbeit, nur 9% wird durch die Belastung des Faktors Natur gewonnen⁵ - und hierbei sind neben der Mineralöl- und Kfz-Steuer bereits die Tabak-, Schaumwein- und Biersteuer eingerechnet, also alles, was man im weitesten Sinne mit dem Faktor Natur in Verbindung bringen kann.

So motiviert unser heutiges Steuer- und Abgabensystem Unternehmen, immer mehr Arbeit wegzurationalisieren“, statt Anreize zu bieten, natürliche Ressourcen zu schonen und damit auch das Klima zu schützen und die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten.

Die Idee

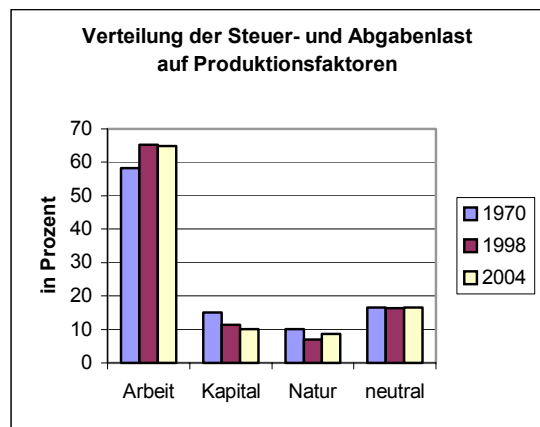
Der hier vorgeschlagene Ansatz ist, die Belastungen der einzelnen Produktionsfaktoren umzuschichten. Naturverbrauch muss stärker, Arbeit weniger belastet werden. Dies soll keineswegs andere Ansätze für mehr Beschäftigung und eine gerechtere Besteuerung mindern, sondern diese vielmehr sinnvoll ergänzen - wie wird noch im Einzelnen gezeigt.

Wird nun der Faktor Arbeit verbilligt und dafür der Faktor Naturverbrauch verteuert, werden sich entsprechend die Preise ändern: Bahnfahren wird im Vergleich zum Autofahren billiger, da Bahnfahren im

Vergleich zum Autofahren energieeffizienter ist, aber durch die Bahnangestellten arbeitsintensiver. Durch die preisliche Besserstellung des Bahnverkehrs wird nun die Nachfrage steigen. Für die Bahn rechnet es sich dann, das Angebot an Verbindungen auszubauen.

Eine Umschichtung der Faktorbelastung hätte aber nicht nur substituierende Wirkungen zwischen den Alternativen Auto und Bahn: Höhere Preise müssen nicht höhere Kosten bedeuten, wenn entsprechend an der Menge gespart wird.

Autofahrer haben nun den Anreiz, beim nächsten Autokauf (sei es von Neu- oder Gebrauchtwagen) stärker auf den Spritverbrauch zu achten. Etwas höhere Investitionskosten in spritsparende Autos rechnen sich, weil man durch gestiegenen Spritpreise später mehr Geld einspart. Ein heute in Deutschland zugelassener Neuwagen verbraucht durchschnittlich über 8 Liter auf 100 Kilometer. Bei einem Spritpreis von gut einem Euro macht dies (8 × 1) mehr als 8 Euro Spritkosten auf 100 km. Schafften sich Deutsche im



Durchschnitt alle 10 Jahre ein neues Auto an, würden, wenn man die Spritpreise innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und die Menschen sich nun ein Drei-Liter-Auto kaufen, ihre Spritkosten auf 3 × 2 = 6 Euro sinken. Durch technischen Fortschritt wäre also sowohl die Umwelt, als auch der Geldbeutel entlastet. Dieser technische Fortschritt kommt aber nur zu Stande, wenn es eine entsprechende Nachfrage nach spritsparenden Autos gibt, und die gibt es erst, wenn die Spritpreise entsprechend steigen. Auch die Bedingungen für die Bahn ändern sich: statt weiter Personal abzubauen und somit am Service zu sparen, hätte die Bahn verstärkte Anreize, auf energiesparende Züge zu achten.

⁵ Siehe Grafik (Quelle: FÖS-Memorandum 2004)

Entsprechende Wirkungen gibt es auch bei den anderen genannten Beispielen: Der Ökolandbau ist arbeitsintensiver und dafür weniger energieintensiv (durch verminderten Einsatz von in der Produktion sehr energieintensiven Pestiziden und Düngemitteln) als die konventionelle Landwirtschaft. Ökolebensmittel werden somit im Vergleich zu konventionell angebauten Lebensmitteln billiger. Verbilligt sich die Arbeit, lohnt es sich auch wieder, Geräte reparieren zu lassen. Somit weist die öko-soziale Ressourcenbesteuerung auch einen Ausweg aus der Wegwerfgesellschaft.

Etwaige Nachteile für einzelne Personengruppen sind zu minimieren, jedoch müssen diesen auch die enormen Vorteile für den Rest gegenübergestellt werden.

Eine Frage der Gerechtigkeit...

Eine ökologisch-soziale Umstrukturierung macht nicht nur in Bezug auf Arbeitsplätze und Umweltschutz Sinn, sie ist auch eine Frage der Gerechtigkeit: Allein der Autoverkehr verursacht in Deutschland im Jahr je nach Studie zwischen 30 und 100 Milliarden Euro externer Kosten. Externe Kosten sind solche, die nicht vom Verursacher selbst gezahlt werden, sondern von anderen getragen werden müssen, z.B. in Form von erhöhten Ausgaben für Medikamenten aufgrund von umweltbedingten Luftwegeerkrankungen. Wenn man aber den Schaden, den man verursacht, nicht selbst bezahlen muss, dann hat man zumindest finanziell auch keinen Anreiz, diesen Schaden zu vermeiden. Theoretisch ist dies längst als eine Form von Marktversagen erkannt worden, praktisch hat sich daran noch wenig geändert. Der Verbrauch von Ressourcen verursacht zahlreiche externe Kosten. Daher ist eine entsprechende Besteuerung von Ressourcen nur gerecht.

Noch eine Überlegung führt uns zu der Notwendigkeit einer Ressourcenbesteuerung: Jeder Mensch hat grundsätzlich das gleiche Recht, natürliche Ressourcen zu nutzen. Allerdings sind heute, wo möglich, die Rechte an der Nutzung natürlicher Ressourcen meist bereits verteilt. Wer neu auf die Welt kommt, bekommt nicht automatisch ein Sechsmilliardstel an den weltweiten Ressourcen zugeteilt. Daher müssen Ressourcen besteuert werden, um diejenigen, die auf die Nutzung der Ressourcen verzichten bzw. dafür bezahlen müssen, finanziell zu entschädigen.

Das Konzept

Nicht regenerative natürliche Ressourcen sollen mit langsam ansteigenden Sätzen besteuert werden, so dass sich Wirtschaft und Verbrechen auf die Umstrukturierung einstellen können.

Das durch die Besteuerung der natürlichen Ressourcen erzielte Aufkommen wird durch die Anzahl der Einwohner in Deutschland plus die Anzahl der Beschäftigten geteilt. Den resultierenden Betrag (genannt: der „Ökobonus“) bekommt jeder Bürger und jedes Unternehmen pro im Unternehmen Beschäftigten ausgezahlt.

Ökobonus =
 $\text{Ressourcenverbrauch} \times \text{Steuersatz} /$
 $(\text{Einwohnerzahl} + \text{Zahl der Beschäftigten})$

Dadurch wird zunächst deutlich gemacht, dass es bei der öko-sozialen Ressourcenbesteuerung nicht um die Erzielung zusätzlicher Steueraufkommens oder gar um „Abzocke“ geht. Es liegt im Entscheidungsspielraum jedes Einzelnen, ob er Ressourcen spart und somit einen höheren Ökobonus bekommt als er an Ressourcensteuern zahlt, also unterm Strich mehr Geld in der Tasche hat, oder ob er dabei finanziell draufzahlt. Wer sich ökologisch verhält, wird finanziell belohnt, ein Umweltsünder zahlt drauf.

Ziel ist es vielmehr, Anreize zu geben, Ressourcen für kommende Generationen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermindern. Im Gegenzug können die Kosten für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesenkt werden.⁶

Durch den Ökobonus knüpft das Konzept an zahlreiche andere Forderungen zu einer zukunftsweisenden Arbeitsmarktpolitik an:

- Die Entschädigung der Unternehmen bezogen auf den Arbeitsplatz gibt Anreize zu gerechterer Verteilung der Arbeit. Sie könnte eine Arbeitszeitreduzierung finanziell flankieren und ökonomisch attraktiv machen.

⁶ In der Schweiz wurde 2005 eine CO₂-Steuer auf Brennstoffe eingeführt, verknüpft mit einer Rückerstattung über einen Ökobonus. Für den „nationalen Alleingang“ ist es also wieder einmal zu spät, aber wir können nun an Erfahrungen aus unserem Nachbarland anknüpfen. Nähere Informationen: www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/medien/presse/artikel/20050622/01172

- Die Entschädigung der Bürger pro Person mit dem gleichen Betrag führt zu einer sozialen Umverteilung von oben nach unten: Wer generell wenig Geld hat, gibt auch wenig Geld für den Ressourcenverbrauch aus. Aber auch ein Hartz-IV-Betroffener bekommt den gleichen Betrag rückerstattet wie ein Einkommensmillionär. Dies begünstigt insbesondere Familien mit Kindern, Arbeitslose, Rentner und Studierende.

- Die Umverteilungswirkung von oben nach unten kann zu vermehrter Nachfrage und entsprechenden positiven Effekten auf das Wirtschaftswachstum führen. Dieses findet nun aber als ökologisch verträgliches Wachstum statt, da die Anreize entsprechend gesetzt wurden. Nicht der Naturverbrauch, sondern die Beschäftigung steigt.

- Die öko-soziale Ressourcenbesteuerung kann auch als Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen gesehen werden. Sie ist damit ein zukunftsweisender Entwurf als radikale Alternative zu Hartz IV und Arbeitslosengeld II.

Die öko-soziale Ressourcenbesteuerung hat das Potential, sowohl zahlreiche ökologische, wie auch soziale und arbeitsmarktpolitische Probleme zu lösen. Sie ließe sich daher wunderbar zu einem Gesamtkonzept aus Ressourcenbesteuerung, mehr Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen ausbauen. ■

Gastautor: Damian Ludewig⁷

• Weitere Informationen

Damian Ludewig, Im Bosseldorn 23,
69126 Heidelberg
Tel. 06221 / 372695
email: mail@damian-ludewig.de
www.damian-ludewig.de

⁷ Der Autor ist Jugendvertreter im DNR-Präsidium und Landessprecher der WASG Baden-Württemberg.

Lesenswert, Sehenswert

Schrumpfende Städte

Weltweit entwickeln sich städtische Zonen der Schrumpfung, die von Bevölkerungsverlusten in Millionenhöhe und hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind. Im Umgang mit schrumpfenden Städten geraten Städtebau und klassische Stadtplanung an ihre Grenzen. Diese Herausforderungen erfordern neue Wege, neben bauliche treten politische, soziale, kulturelle und kommunikative Interventionen. Nachdem der erste Band Ursachen und Dynamik von internationalen Schrumpfungsprozessen und Lebensbedingungen analysierte sowie kulturellen Wandel in schrumpfenden Stadtregionen untersuchte, gibt der zweite Band nun einen internationalen Überblick über experimentelle Handlungskonzepte für schrumpfende Städte aus den Bereichen Architektur, Landschaftsarchitektur, Städtebau, Stadt- und Regionalplanung, Medien, Performance und Kunst. Die Ansätze der Arbeiten reichen von künstlerischen Eingriffen und Self-Empowerment-Projekten über architektonische und landschaftliche Ansätze, Strategien medialer Kommunikation und des Stadtmarketings bis hin zu neuen Gesetzesregeln und utopischen Entwürfen. Parallel dazu sollen die wichtigsten politischen Diskurse thematisiert werden, z.B. die Debatten um Eigentum und Einwanderung, die Rolle des Staates, Eigeninitiative versus Neoliberalismus und das Ende der gleichwertigen Raumentwicklung. (if)

Philipp Oswalt u.a. (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band 1: Internationale Untersuchung, Band 2: Handlungskonzepte, Hatje Cantz Verlag, Ostfildern 2005, Je Band: 736 Seiten, 39,80 Euro, www.shrinkingcities.com

Warum Gesellschaften überleben oder untergehen

Die wissenschaftliche Analyse des Untergangs von Gesellschaften historisch im Pazifik, in Nord- Mittelamerika und in Grönland sowie die Untersuchung zeitgenössischer Gesellschaftszusammenbrüche in Ruanda und Haiti zeigen, dass es nicht nur ein Faktor war, der den Kollaps bewirkte. Der Autor belegt, wie wichtig die politische Reaktion der Elite eines Landes und der Gesellschaft auf Umweltschäden, Klimaveränderung, Bevölkerungswachstum, Armut und Reichtum ist. Einen "Umweltdeterminismus", der etwa den Unter-

gang der Maya-Kultur allein auf die Abholzung der Wälder zurückführt, hält der Autor für absurd. Er zeigt durch interkulturelle und universalgeschichtliche Vergleiche, welchen Sprengstoff das komplexe Zusammenspiel von ökologischen und ökonomischen Problemen, von Zuwanderung und politischer Polarisierung der Bevölkerung birgt. (if)

Jared Diamond: Kollaps - Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 2005, 684 Seiten, 24,90 Euro

33 einfache Dinge, die du tun kannst, um die Welt zu retten

Die Umweltdedektive Tim und Lena jagen bei Herrn Beistand den Stromklaus, erklären den Schmucksteins, warum keine Schmetterlinge und Insekten in ihren Garten voller fremdländischer Gewächse kommen, erkunden, was alles so im Klärwerk des Grauens ankommt und sind dem Schmutzgel geschützter Tiere auf der Spur. Soviel Engagement wird zum Schluss auch durch ihre Stadt geehrt. Bis dahin haben die kleinen Helden sich durch eine ganz normale Woche ganz normaler Familien bewegt und in kindgerechter Form die Umweltsünden des Alltags aufgespürt und umweltfreundlichere Lösungen parat gehabt oder entdeckt. Denn auch die Umweltdedektive lernen noch dazu und das ist in diesem Buch weder kompliziert noch abstrakt, sondern einfach, informativ und konkret. Ein schöner, für junge Leser (und ältere Vorleser) gemachter Nachfolger des Erwachsenenentitels "50 einfache Dinge, die Sie tun können, um die Welt zu retten". (Roland Quester, Grüne Liga)

Andreas Schlumberger, Christopher Felchner: 33 einfache Dinge, die du tun kannst, um die Welt zu retten, Westend Verlag, 2005, ISBN 3-938060-02-6

Ökologisches Jahrbuch 2006: Bilanz von Rot-Grün

Im diesjährigen Jahrbuch steht die Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün im Vordergrund. Mit über 30 Essays, vom Emissionshandel bis hin zur Gentechnik, spiegelt es die Diskussionslage um die Umweltthematik wider. Während viele der Autoren skeptisch zurückschauen, schien die Zukunft den meisten noch besorgniserregender: „Stillstand kennzeichnet die Umweltpolitik im Regierungslager, und reaktive Gelüste gehen in der Opposition um, wofür Angela Merkels Streben nach

einer Renaissance der Atomkraft oder Edmund Stoibers Boykottierung der Ökosteuer die Beweise liefern", beschreibt der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, das letzte rot-grüne Jahr. Größte Errungenschaft von Rot-Grün sei die Integration der Umweltpolitik in andere Politikfelder, auch die Ökosteuer und die LKW-Maut seien Erfolge. Nach Meinung einiger Autoren sind die guten Ansätze zum nachhaltigen Umweltmanagement oft nicht ausreichend und müssten gegen den „neoliberalen Zeitgeist" verteidigt werden. (if)

Günter Altner, Heike Leitschuh-Fecht, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2006, C.H. Beck, München 2005, 288 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3 406 52820 1

Treibhäuser der Zukunft: Wie Schulen gelingen

Der Dokumentarfilm von Reinhard Kahl "Treibhäuser der Zukunft" portraitiert gelungene Schulkonzepte in ganz Deutschland. Experten erklären jeweils weshalb diese Schulen funktionieren. Kahl wählte bewusst alle Schultypen und ganz verschiedene Regionen Deutschlands aus. Gemeinsam ist allen Beispielen, dass die Lehrer möglichst über den ganzen Tag eine Lernkultur schaffen, in der sich Konzentration und Entspannung abwechseln. So kann ein motivierendes Lernen entstehen, mit Lehrern, die sich als Gastgeber verstehen. (if)

Reinhard Kahl: Treibhäuser der Zukunft Wie in Deutschland Schulen gelingen; Beltz 2004, 115 Minuten, 15,- Euro, ISBN 3-407-85831-0, www.beltz.de



Natur des Jahres 2006

Vogel: Der Kleiber - alte Eichen- und Buchenwälder gefährdet

Der Naturschutzbund (NABU) und der Landesbund für Vogelschutz Bayern (LBV) haben im Oktober den Kleiber als Vogel des Jahres 2006 vorgestellt. Mit der Wahl des in Deutschland weit verbreiteten Singvogels wollen die Organisationen auf die Gefährdung alter Eichen- und Buchenwaldbestände hinweisen, die Lebensraum des Kleibers sind. Nach Schätzungen gibt es derzeit etwa 600 000 bis 1,4 Millionen Brutpaare in Deutschland. „Die Wahl des Kleibers ist ein Plädoyer für den Schutz von Buchen- und Eichenwäldern“, sagte NABU-Vizepräsident Helmut Opitz. Der Vogel stehe stellvertretend für einen Lebensraum in Deutschland und Mitteleuropa, der für viele andere Vögel wie Spechte, Meisen oder Greifvögel ebenso unverzichtbar sei. „Der Kleiber benötigt ältere Bäume, in denen er nisten kann“, so Opitz weiter. Eine nachhaltige Forstwirtschaft sei damit gleichzeitig der beste Schutz für den Kleiber. „Da etwa 10 bis 15 Prozent des Weltbestandes des Kleibers in Deutschland brüten, hat unser Land eine besondere Verantwortung für diese Art“, betonte Stephan Zirpel, Geschäftsführer des NABU Hamburg. „Ein Verlust des Lebensraums durch starken Holzeinschlag in Altholzbeständen und das Fällen alter Bäume in Parks und Gärten bedeutet eine Gefahr für den Kleiber.“

Naturschutzbund (NABU), Berlin, Tel. 030 / 284984-0, Fax -84, www.nabu.de

Baum: Die Schwarzpappel - natürlicher Lebensraum verschwindet

Das Kuratorium Baum des Jahres hat Mitte Oktober in Berlin die Schwarzpappel als Baum des Jahres 2006 bekannt gegeben. Die in den großen Flussauen beheimatete Schwarzpappel sei inzwischen so selten geworden, dass sie in den Roten Listen bedrohter Pflanzenarten stehe, begründete Kuratoriumsvorsitzender Silvius Wodarz die Wahl. Die Gründe dafür seien vor allem das Verschwinden ihres natürlichen Lebensraumes sowie die Kreuzung mit anderen Arten. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation Robin Wood gibt es in Deutschland nur noch rund 3000 ausgewachsene Exemplare der Schwarzpappel. Die meisten der Schwarzpappel sehr ähnlichen Bäume sind den Angaben zufolge Kreuzungen mit nordamerikanischen Pappelarten - so genannte Hybriden oder

Bastarde - und daraus gezüchtete Sorten. Weil sie schnell wachsen und über Stecklinge einfach zu vermehren sind, haben sie sich stark verbreitet. Diese zahllosen Kulturformen seien eine Bedrohung für die echte Schwarzpappel, sagte Rudolf Fenner, Waldreferent bei Robin Wood. Hauptgrund für das Sinken des Bestandes sei aber der zurückgehende Lebensraum. Mit der Wahl zum Baum des Jahres soll die öffentliche Aufmerksamkeit auch darauf gelenkt werden, dass durch Flussausbauten viele Pflanzen- und Tierarten in Auenlandschaften in ihrer Existenz gefährdet sind.

Robin Wood, Hamburg, Tel. 040 / 380892-11, www.robinwood.de

Wildtier: Der Seehund - gefährdet durch Überfischung

Der im Bestand gefährdete Seehund ist das Wildtier des Jahres 2006, entschied die Schutzgemeinschaft Deutsches Wild in Bonn. Der Fischfresser gilt als bekanntestes Wasserraubtier in Nordeuropa und genießt in Deutschland ganzjährigen Schutz. Durch die Seehundjagd sanken die Bestände in der Nordsee stark und in der Ostsee war die Art fast vollständig ausgerottet. In der Roten Liste der bedrohten Tierarten gilt der Seehund als „gefährdet“. Besonders die Ostsee-Seehunde, nur rund 250 Tiere im gesamten Ostseeraum, gelten als bedroht. Wasserverschmutzung und mangelnde Nahrung durch Überfischung haben die Bestände dezimiert.

Schutzgemeinschaft Deutsches Wild, Bonn, Tel. 0228 / 2692212, www.sdwi.de

Blume: Das Wiesenschaumkraut - durch Entwässerung gefährdet

Die Stiftung Naturschutz Hamburg und die Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen haben das Wiesenschaumkraut zur Blume des Jahres ernannt. Obwohl die Feuchtwiesenart bundesweit verbreitet ist, wollen die Stiftungen mit der Wahl auf die schleichende Gefährdung des Wiesenschaumkrautes durch Entwässerungsmaßnahmen aufmerksam machen. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wurde nach Angaben der Stiftung ein erheblicher Bestandsrückgang verzeichnet und die Art in die Rote Liste als gefährdet eingestuft.

Stiftung Naturschutz Hamburg, Tel. 040 / 243443, www.stiftung-naturschutz-hh.de

Moos: Das Quellmoos - Indikator für sauberes Gewässer

Die Bryologisch-lichenologische Arbeitsgemeinschaft für Mitteleuropa (BLAM) hat das Quellmoos als Moos des Jahres vorgestellt. Mit der Wahl soll auf die besondere Eignung von Moosen als Indikatoren der Gewässergüte hingewiesen werden. Anders als Blütenpflanzen nehmen Moose Wasser und die darin gelösten Nährstoffe über die ganze Oberfläche auf. Damit sind sie Umwelteinflüssen schutzlos ausgesetzt. Da verschiedene Moosarten eine unterschiedliche Schadstofftoleranz besitzen, können sie in Gewässern als abgestufte Zeigerarten der Wasserqualität eingesetzt werden. Aufgrund der starken Wasserverschmutzung in den siebziger Jahren waren Moose in den Flüssen und Bächen streckenweise völlig verschwunden. Wegen dem verstärkten Bau von Kläranlagen findet das Quellmoos nun wieder in den meisten Flüssen geeignete Lebensbedingungen vor. Seine Ausbreitung spiegelt somit die deutliche Verbesserung der Wasserqualität in den vergangenen zwei Jahrzehnten wider.

Bryologisch-Lichenologische Arbeitsgemeinschaft für Mitteleuropa, Bonn, Tel. 0228 / 732121, www.blam-ev.de

Pilz: Der Ästige Stachelbart - Lebensraum alte Buchenwälder

Die Deutsche Gesellschaft für Mykologie (DGfM) hat den korallenähnlichen Ästigen Stachelbart zum Pilz des Jahres gewählt, um auf eine seltene und gefährdete Pilzart hinzuweisen, deren Lebensraum, alte Buchenwälder, geschützt werden sollte. Erst in der letzten Phase der Holzzersetzung bilden sich die Fruchtkörper des Ästigen Stachelbartes, also die besagte „Koralle“. Der Stachelbart wächst nur auf totem Holz, so trägt er dazu bei, den organischen Abfall des Waldes zu beseitigen, und bereitet damit auch für andere Organismen einen Lebensraum. Etwa für Insekten, die im morschen Holz leben, oder für Spechte, die dort leichter ihre Höhle zimmern können. Mit dem Verschwinden alter Buchen ist sein Vorkommen stark gefährdet.

Deutsche Gesellschaft für Mykologie e.V. (DGfM), München, Tel. 089 / 17861234 www.dgfm-ev.de

Orchidee: Breitblättrige Stendelwurz

Die Breitblättrige Stendelwurz ist vom Arbeitskreis Heimischer Orchideen (AHO)

zur Orchidee des Jahres 2006 gewählt worden, um darauf hinzuweisen, dass wegen Verschlechterungen der Lebensräume selbst recht häufige Arten wie die Breitblättrige Stendelwurz inzwischen lokal zurückgehen. In Deutschland kommt sie von der Küste bis zu den Alpen in fast allen Regionen vor.

Arbeitskreis Heimischer Orchideen (AHO), Emmelshausen, Tel. 06747 / 6635, www.orchids.de

Insekt: Siebenpunkt-Marienkäfer - Nutztier für Getreidefelder

Das Kuratorium "Insekt des Jahres" hat den populären Marienkäfer zum Insekt des Jahres gekürt. Der Siebenpunkt gehört zur großen Familie der Marienkäfer. Weltweit sind etwa 5.500 Arten bekannt, vor allem in den Tropen und Subtropen. In Deutschland wurden bisher 80 Arten nachgewiesen. Die Tiere werden als Nützlinge eingestuft, da die Larven und Käfer große Mengen an Blattläusen vertilgen. Langzeituntersuchungen zeigen, dass die Käfer im Getreidefeld gefördert werden sollten.

Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Braunschweig, Tel. 0521 / 2993204, www.bba.de (if) ■

Dachmarke für alle Großschutzgebiete

„Nationale Naturlandschaften“

Die 14 Nationalparks, 14 Biosphärenreservate und über 90 Naturparks Deutschlands wollen künftig unter der Dachmarke "Nationale Naturlandschaften" gemeinsam bundesweit für sich werben und informieren. Mit dem Namen „Nationale Naturlandschaften“ wurde ein Begriff entwickelt, mit dem sich alle Großschutzgebiete Deutschlands identifizieren können. Gleichzeitig soll er deutlich machen, dass es sich um große, weitläufige Flächen handelt und die Bedeutung für Deutschland wird hervorgehoben.

Gemeinsame Ziele verwirklichen

Bei den Akteuren in den Naturparks soll die Dachmarke identitätsstiftend und integrativ wirken, um so gemeinsam die Ziele und Anliegen der Großschutzgebiete zu verwirklichen. In Politik und Gesellschaft soll so der Stellenwert der Naturlandschaften erhöht werden. Träger der Marke sind der Verband Deutscher Naturparke (VDN) und Europarc Deutschland. Unterstützt wird das Projekt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und dem Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums sowie mehrerer Bundesländer. (if) ■

● **Weitere Informationen**

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190
eMail: info@dbu.de
www.dbu.de
www.nationale-naturlandschaften.de

Thema Wald fehlt im Koalitionsvertrag

SDW: Verkehrswende zur

Regeneration der Wälder erforderlich

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat anlässlich des Koalitionsvertrages von CDU und SPD den ungenügenden Schutz deutscher Wälder kritisiert. Nach Angaben der Schutzgemeinschaft sind kurzfristige Maßnahmen zur Regeneration des Waldes, wie Waldkalkungen, und langfristig die Reduzierung der Luftschadstoffe durch eine umweltfreundlichere Verkehrspolitik dringend erforderlich. Ein Bekenntnis zur Verlagerung von Verkehr auf die Schiene fehle, so die SDW. Der Verband verlangt die Förderung kleinerer kapazitätssteigernder Schienenprojekte sowie Chancengleichheit zwischen den Verkehrsträgern. Durch die Mehrwertsteuererhöhung werde Bahnfahren wesentlich teurer und damit unattraktiver.

Die SDW fordert außerdem die bevorzugte Verwendung heimischen Holzes bei Beschaffungsmaßnahmen des Bundes. Der Waldschutzverein begrüßt die angekündigte Umsetzung der Charta für Holz, da sie einen höheren Verbrauch des nachwachsenden, ökologischen Rohstoffes Holz unterstützt. Die SDW befürwortet das Bekenntnis zur Zertifizierung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und erwartet von der Bundesregierung die Gewährleistung der Chancengleichheit der bestehenden Zertifizierungssysteme. In der Waldwirtschaft sei die Beseitigung struktureller Nachteile von Forstbetrieben notwendig.

Die Absicht der Regierung, ein internationales Aufforstungsprogramm anzustreben, um dem Treibhauseffekt entgegenzuwirken, sowie die Ankündigung, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortzuführen und zu ergänzen, begrüßte die SDW. Auch das Bekenntnis zur „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ und zum Ausstieg aus der Atomenergie unterstützt der Waldschutzverband. (if) ■

● **Weitere Informationen**

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Meckenheimer Allee 79, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 94598-30, Fax -33
eMail: info@sdw.de
www.sdw.de

Lesenswert

Natur als kulturelle Herausforderung

Das Erleben der Landschaft ist für viele Menschen der wichtigste sinnliche und emotionale Zugang zur Natur. Doch wenn es um den Schutz der Natur geht, werden vorwiegend ihre ökologischen Funktionen ins Feld geführt. Zu oft wird die ästhetische und kulturelle Komponente von Landschaft ausgeblendet. Dabei kommt der Landschaft gerade in Zeiten eines umfassenden Strukturwandels im ländlichen Raum eine besondere Rolle zu. Es geht nicht nur um Funktionen von Landschaft, sondern darum, die umstrittene „Idee der Landschaft“ reflektiert und zeitgemäß nutzbar zu machen. Gesucht wird nach Ideen und Lösungen um die Bedeutung von Landschaft stärker im Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu verankern. Die Autoren/innen spüren der Landschaftsidee in Sprache, Kunst und Politik nach und diskutieren kulturelle Aspekte für den angewandten Naturschutz. (if)

Stefan Körner u.a.: Landschaftskult - Natur als kulturelle Herausforderung, oekom verlag, München 2005, Politische Ökologie Nr. 96, 12,- Euro, ISBN: 3-86581-003-9



10 Prozent höhere Preise im Nahverkehr erwartet

Große Koalition plant Kürzung der Regionalisierungsmittel

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) rechnet beim Nahverkehr mit „Preissteigerungen im zweistelligen Prozentbereich“, weil der Bund den Ländern dafür weniger Geld überweisen will. Davon seien vor allem Berufspendler betroffen. Nach Auffassung des Verbands Allianz pro Schiene gefährden diese Mittelkürzungen die starken Fahrgastzuwächse im Schienenahverkehr.

Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, ab 2006 die so genannten Regionalisierungsmittel von derzeit knapp sieben Milliarden Euro bis 2009 deutlich zu kürzen. Aus dem Bundesverkehrsministerium hieß es, es gebe keine konkreten Zahlen, nachdem zuvor angeblich von einem Sparvolumen zwischen 2 und 3 Milliarden Euro die Rede war. Die Länder erhalten die Regionalisierungsmittel, damit sie einen flächendeckenden, bezahlbaren Nahverkehr gewährleisten. Auch der Verkehrsclub Deutschland (VCD) geht davon aus, dass der Nahverkehr teurer und schlechter wird, wenn der Bund seine Pläne umsetzt. Wer die Mittel um 10 Prozent kürze, schränke das Angebot um 20 Prozent ein.

Transnet: 6.000 Arbeitsplätze gehen verloren

Die sieben Milliarden Euro jährlich wurden 1994 mit der Bahnreform festgeschrieben. Die Länder übernahmen dafür die Verantwortung, dass Regionalzüge und S-Bahnen für die Nutzer/innen erschwinglich rollen. 2007 sollte das Modell ohnehin überprüft werden. Laut VDV haben frühere Zuschusskürzungen von etwa 200 Millionen Euro bereits zu rund sechs Prozent höheren Preisen geführt. Die Eisenbahnergewerkschaft Transnet befürchtet den Verlust von 6.000 Stellen im Regionalverkehr.

Schieneallianz: Sicherung regionaler Mobilität ist keine Subvention

Die Allianz pro Schiene wertete die Absicht der Koalition positiv, die Finanzmittel für die Schienenwege des Bundes zu erhöhen und dieses Niveau zu halten. Gleichzeitig kritisierte der Verband die beabsichtigte Kappung der Regionalisierungsmittel. Diejenigen Verkehrspolitiker hätten sich nicht durchgesetzt, die feststellten, dass Regio-

nalisierungsmittel „nicht als Subventionen gewertet“ werden. Diese wichtige Aussage für den Öffentlichen Personenverkehr wurde gestrichen, während andere Bereiche wie Wohngeld und Kulturförderung in der Endfassung ausdrücklich vom Subventionsbegriff ausgenommen sind, monierte die Allianz pro Schiene. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10
eMail: presse@vcd.org
www.vcd.org

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84,
10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

„Verkehrte“ Verkehrspolitik von Schwarz-Rot in der Kritik

Verbände: Besser Infrastruktur sanieren als teure neue Projekte bauen

Umwelt- und verkehrspolitische Verbände haben wesentliche Elemente der von der Bundesregierung geplanten Verkehrspolitik kritisiert. Die Ausgaben für den Straßenbau würden trotz knapper Kassen auf ein neues Rekordniveau angehoben, ohne den Mitteleinsatz klar auf Sanierung und Erhalt bestehender Verkehrsinfrastruktur zu konzentrieren, bemängelte der Verkehrsclub Deutschland (VCD). Bei der Schiene habe der teure Ausbau von Bahnschnellsystemen und des Transrapid Vorrang vor dem Gesamtnetz.

VCD kritisiert Pläne für verkürzte Planungs- und Einspruchsfristen

Die schwarz-rote Koalition konterkariere mit ihren Plänen für noch mehr Straßenbau und verkürzte Planungs- und Einspruchsfristen wichtige Ziele in der Umwelt- und Gesundheitspolitik, die ebenfalls im Koalitionsvertrag stünden, so der VCD. Weitere Straßen verhinderten eine Verringerung des Flächenverbrauchs ebenso wie eine Reduzierung von Lärm und Treibhausgasen.

Bahnexperten fordern Ausweitung der Lkw-Maut

Das Expertengremium Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB) befürchtet, dass mit den geplanten Verkehrsweegeinvestitionen vor allem der Straßenbau gefördert und das Wachstum des Flugverkehrs fortgesetzt wird. Insgesamt sollen die Ausgaben für Verkehrswege auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden, das sind 1,5 Milliarden mehr als bisher. Gleichzeitig sollen verstärkt private Investitionen gefördert werden. Wenn der Staat zieht sich immer mehr aus der Gestaltung der Verkehrspolitik zurückziehe und dies dem Markt überlasse, werde der Umwelt schädigende Straßen- und Luftverkehr gestärkt, so BsB. Als Gegenvorschlag regen die Experten eine Verdoppelung der Lkw-Maut und ihre Ausweitung auf alle 3-Tonner an. Das würde dem Bund statt 2,5 rund 6 Milliarden Euro im Jahr einbringen und sei „umwelt- und klimapolitisch gestaltende Politik“. Allerdings hat das Verkehrsministerium eine Maut-Ausweitung bereits abgelehnt.

„Selbstverpflichtung der Autobauer zur CO₂-Minderung wird scheitern“

Die von der neuen Regierung vorgesehenen Maßnahmen für Klima- und Gesundheitsschutz im Verkehr reichen nach Ansicht des VCD nicht aus. Zwar seien eine Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessung nach Schadstoff- und CO₂-Ausstoß sowie die steuerliche Förderung des Partikelfilters angekündigt worden, doch dies habe bereits in der rot-grünen Regierungsvereinbarung gestanden. Es komme jetzt auf die zügige Umsetzung an. Die Selbstverpflichtung der Autohersteller zur Minderung des CO₂-Ausstoßes werde scheitern, so der VCD. Deshalb sei ein verbindlicher CO₂-Grenzwert notwendig.

Lob für Ende der Eigenheimzulage und Kürzung der Entfernungspauschale

Gute Noten von Umweltverbänden gab es hingegen für die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Entfernungspauschale. Auch das Vorhaben der Regierung, Entschädigungsansprüche für Reisende bei Verspätungen oder Ausfällen bei allen öffentlichen Verkehrsträgern verbindlich festzulegen, wurde gelobt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10
eMail: presse@vcd.org
www.vcd.org

Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB),
c/o Umkehr e.V., Exerzierstr. 20,
13357 Berlin
Tel. 030 / 49279-73, Fax -72
eMail: buergerbahn@umkehr.de
www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

Kurzmeldungen

Ostseeautobahn A20 fertig

Die Autobahn 20 zwischen Lübeck und Szczecin (Stettin) ist im Dezember für den Verkehr freigegeben worden. Die 324 Kilometer lange Strecke kostete fast zwei Milliarden Euro. Das Bundesverkehrsministerium begründete den Bau mit der Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung in der Region und der besseren Abwicklung des Urlaubsverkehrs. Umweltverbände hatten das Projekt A20 von Anfang an scharf kritisiert. Die Autobahn werde unter dem Strich keine positiven Effekte für die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt mit sich bringen. Der VCD Niedersachsen wies darauf hin, dass der Ost-West-Bahnverkehr in der Region bereits stark ausgedünnt wurde. Der Fernverkehr sei ganz gestrichen worden, zwischen Lübeck und Rostock gebe es keine direkte Zugverbindung mehr. Der BUND Mecklenburg-Vorpommern monierte zudem den massiv eingeschränkten Wildwechsel für Rehe. (mbu)

BUND Mecklenburg-Vorpommern, Tel. 0385 / 565470, www.bund.net/mv

Forscher: Auto-Kat stößt Pflanzen schädigendes Ammoniak aus

Wissenschaftler vom Institut für Pflanzenbiodiversität der Universität Bonn haben festgestellt, dass Autos mit Drei-Wege-Katalysator bei weitem nicht so sauber sind wie bisher angenommen. Stickoxide würden zwar aus den Abgasen abgeschieden, aber die „entgifteten“ Fahrzeuge stießen große Mengen Ammoniak in die Umgebung aus. In der Pflanzenwelt kann Ammoniak große Schäden anrichten. Eine Gesundheitsgefährdung für den Menschen sei zwar nicht zu erwarten, da sich das Gas rasch verdünne, so die Forscher. Für die Flora sei diese Konzentration allerdings gefährlich, da sich Ammoniak mit den Stickoxiden in der Luft zu Ammoniumnitrat verbinde. (mbu)

Nees-Institut für Biodiversität der Pflanzen, Universität Bonn, Tel 0228 / 732526, www.nees.uni-bonn.de

Naturnahe Hochwasserrückhaltung

In Rheinland-Pfalz hat das Programm „Aktion blau“ Erfolg

In Rheinland-Pfalz laufen seit zehn Jahren unter dem Motto „Aktion blau“ Maßnahmen zur naturnahen Hochwasserrückhaltung und zur Renaturierung von Flüssen - Bächen und zum Quellenschutz. Die „Aktion blau“ ist mittlerweile eine anerkannte Marke, die bei aller Kritik im Detail auch von den Umweltverbänden in Rheinland-Pfalz als Erfolg angesehen wird - eben nicht zuletzt wegen zahlreicher Maßnahmen zum naturnahen Hochwasserrückhalt. Zudem ist die Einbindung von zahlreichen Bachpatenschaften und die partizipative Beteiligung von „Nutzergruppen“ bei der „Entfesselung“ von Bächen inzwischen zu einem Qualitätsmerkmal der „Aktion blau“ geworden.

Lesenswerte Broschüre

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der „Aktion blau“ hat das Mainzer Umweltministerium eine Broschüre herausgegeben, in der die Philosophie erläutert wird. Darüber hinaus wird mit einer Vielfalt von Beispielen in knappen, allgemeinverständlichen Texten und Fotos erläutert, wie man in Rheinland-Pfalz ausgewählte Fließgewässer revitalisiert oder in Dörfern und Städten architektonisch aufgewertet hat. Beschrieben werden zusätzlich die didaktischen Begleitmaßnahmen (Falbblätter, Broschüren, Erlebnispfade usw.), mit denen die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung erhöht worden ist. ■

Gastautor: Nikolaus Geiler, BBU AK Wasser

• Weitere Informationen

BBU, AK Wasser, Rennerstr. 10,
79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
nik@akwasser.de
www.akwasser.de

Broschüre, 220 Seiten, kostenlos Broschürenversandstelle des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 160
eMail: poststelle@muf.rlp.de
www.aktion-blau.de

Herkunft der Schadstoffe im Rhein bilanziert

Elf Prozent des Rheinwassers sind Kläranlagenabflüsse

Auf der Rheinkolleg-Tagung 2005 hat Dr. Stefan Fuchs vom Siedlungswasserwirtschaftlichen Institut Karlsruhe die „Stoffeinträge in den Rhein“ bilanziert. Etwa elf Prozent der Wasserführung des Rheins gehen auf Kläranlagenabflüsse zurück. Im Neckar dagegen betrage der Abwasseranteil bei Niedrigwasser bis zu 90 Prozent.

Erstmals organische Schadstoffe

Der Rhein transportiert etwa 3,2 Mio. Tonnen Schwebstoffe im Jahr, von denen ein Großteil nicht gelöst transportiert wird sondern sich an Schwebstoffpartikel anheftet, so Fuchs. Die Herkunft der Schadstoffe versucht man über Modellrechnungen zu bilanzieren. Diese bezogen sich bislang nur auf Nährstoffe und Schwermetalle. Nun werden auch organische Schadstoffe mit einbezogen - vor dem Hintergrund mehrerer Meeresschutzabkommen, in denen Emissionsminderungsziele von 50 bzw. 70 Prozent von 1985 bis 2000 festgelegt worden waren. In die Modellrechnungen gehen u.a. Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte, Stoffdaten über Schwermetall-Konzentrationen in Ackerböden, Mobilisierungs- und Transportprozesse ein.

Einträge aus urbanen Flächen und Mischwasserentlastungen

Ergebnisse der bisherigen Rechengänge machen deutlich, dass der Schadstoffeintrag in den Rhein über urbane Flächen und aus Mischwasserentlastungen zunehmend bedeutsamer wird. Bei Blei, Kupfer und Zink dominieren inzwischen Emissionen auf Grund der im Hausbau eingesetzten Leitungs- und Dachbaumaterialien sowie Verkehrsemissionen. Zu bemängeln sei noch der relativ ungenaue Raumbezug zur Erfassung der Schadstoffquellen, so Fuchs. ■

Gastautor: Nikolaus Geiler, BBU AK Wasser

• Weitere Informationen

BBU, AK Wasser, Rennerstr. 10,
79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
nik@akwasser.de
www.akwasser.de

Abwasserabgabe deckt auch externe Kosten ab

Erhebung in Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD) ist anlässlich der Kooperationsvereinbarung für einen Leistungsvergleich der kommunalen Wasser- und Abwasserbetriebe auf die „ökonomischen Instrumente“ der EG-Wasserrahmenrichtlinie eingegangen und hat die Abwasserabgabe verteidigt. Sie forderte vor allem die Durchführung einer „Wirtschaftlichen Analyse der Wassernutzungen“, wobei auch Umwelt- und Ressourcenkosten berücksichtigt werden sollen.

Wasserrahmenrichtlinie erfüllt

Der Grad der Kostendeckung wurde in Rheinland-Pfalz inzwischen bei den rund 480 kommunalen Wasser- und Abwasser-Unternehmen erhoben. Erleichtert wurde dies, weil alle Unternehmen in Rheinland-Pfalz als Eigenbetrieb zu führen bzw. nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung zu verwalten sind. Das erlaubte eine detaillierte und homogene Untersuchung Bezug nehmend auf diese Untersuchung stellte die Umweltministerin fest, dass die in Rheinland-Pfalz erhobenen Entgelte „bereits heute alle Kosten, wie von der EU-Wasserrahmenrichtlinie verlangt, decken“.

Abwasserabgabe neu legitimiert

Angesichts der von zahlreichen Lobbygruppen seit Jahrzehnten geforderten Abschaffung der Abwasserabgabe war es zudem bemerkenswert, dass Conrad konstatierte, man sei „der festen Überzeugung, dass mit der Abwasserabgabe auch die Umwelt- und Ressourcenkosten gedeckt sind.“ Womit die viel geschmähte Abwasserabgabe angesichts der Forderung der Wasserrahmenrichtlinie nach Berücksichtigung der Umwelt- und Ressourcenkosten bei der Abwassergebührengestaltung eine neue Legitimationsbasis bekommen hätte. ■

Gastautor: Nikolaus Geiler, BBU AK Wasser

• Weitere Informationen

BBU, AK Wasser, Rennerstr. 10,
79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
nik@akwasser.de
www.akwasser.de

Gastbeitrag Unsichtbare Importe: „Virtuelles Wasser“

Sechs Prinzipien für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung

Prof. Dr. Andreas Grohmann, ehemaliger Leiter der Trinkwasserkommission beim Umweltbundesamt, hat Grundsätze für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung aufgestellt. Diese beziehen sich auf den Weltwasserentwicklungsbericht (World Water Development Report, WWDR). Der WWDR ist das Ergebnis einer Initiative zur Abschätzung des Wasservorkommens. Erstmals wurde der Bericht 2003 erstellt. Er umfasst die weltweiten Wasservorkommen, den Bedarf an Wasser, dessen Nutzung und die Anforderungen an die Wassergüte.

Deutsche verbrauchen zehnmals mehr Trinkwasser als angegeben

Daraus formulierte Prof. Grohmann die wesentlichen Herausforderungen und Zielsetzungen für die Sicherstellung einer Trinkwasserversorgung. Im Hinblick auf die Endlichkeit der Ressource Wasser müssten neue Technologien und Methoden entwickelt werden, um nachhaltiger mit dem Trinkwasser umzugehen.

Die Bedeutung des „virtuellen Wassers“, das in großen Mengen aus der Dritten Welt und aus den Schwellenländern über wasserintensive Rohstoffe (beispielsweise Baumwolle) oder Lebensmittel unsichtbar importiert wird, werde in Deutschland kaum diskutiert. Wahrgenommen werde lediglich der Wasserbedarf von 120 Litern pro Einwohner und Tag. Bei der „importierten“ Wassermenge handelt es sich nach Prof. Grohmann zufolge um Größenordnungen um die 500 m³ pro Person und Jahr, also weit über tausend Liter pro Tag für jeden Einwohner in Deutschland.

1. Das Lebensprinzip

Seit 2002 ist Trinkwasser als ein fundamentales Menschenrecht anerkannt. Der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser ohne jegliche Diskriminierung und eine Mindestmenge von 20 Litern pro Tag sind Voraussetzungen. Außerdem sollten jeder Person am Tag aus hygienischen Gründen 50 Liter Wasser zur Verfügung stehen.

2. Das Kreislaufprinzip

Wiederholte Nutzung des gereinigten Wassers mittels Kläranlagen, so dass das Recyclingwasser nahezu wieder Grund-

wasserqualität aufweist. Nachhaltig ist der Kreislauf nach folgendem Prinzip: Gewinnung - Nutzung - Reinigung - Gewinnung, d.h. die natürlichen Ressourcen werden geschont. Gereinigtes Abwasser könnte die Landwirtschaft zur Bewässerung erhalten.

3. Das Kontaminationsschutzprinzip

Ursache für krankmachende Keime sind Verunreinigungen mit menschlichen oder tierischen Ausscheidungen, vor allem dann, wenn Abwasser direkt eingeleitet wird. Um den Schutz der Trinkwasserressourcen sicherzustellen, sind angemessene Maßnahmen erforderlich, insbesondere die vollständige Reinigung von industriellen und häuslichen Abwässern, aber auch weitere Barrieremaßnahmen wie z.B. Bodenpassagen, Langsandsfiltration und Ultrafiltration mittels Membranfiltern. Auf eine Schlussschlörung kann hingegen meist verzichtet werden, vor allem dann, wenn das Rohrnetz intakt ist.

4. Das Bilanzprinzip

Verfügbares Wasseraufkommen wird tatsächlich importierten Wassernutzungen gegenübergestellt, um die Wassernutzungen zu regeln und auszugleichen. Gerade in Ländern mit Wasserarmut ist eine gerechte und gleichmäßige Aufteilung auf alle Nutzergruppen notwendig. Grundlage für Lösungsansätze ist die Bilanzierung von Wasseraufkommen und Wasserbedarf auf der Basis verlässlicher Datensätze. Der Mindestwasserbedarf zur Erzeugung von Lebensmitteln liegt bei 1300 m³ pro Person, während für die Trinkwasserversorgung jedoch nur 40 m³ pro Person benötigt werden.

Das natürliche Wasseraufkommen Deutschlands ist nicht ausreichend, um 82 Millionen Einwohner mit dem virtuellen Wasserbedarf in vollem Umfang zu versorgen. Selbst wenn genügend landwirtschaftliche Nutzflächen in Deutschland zur Verfügung stehen würden, wäre Deutschland auf Lebensmittelimporte angewiesen, weil nicht genügend Wasser zur Verfügung steht, um die konsumierten Lebensmittel wachsen zu lassen.

5. Das Überwachungsprinzip

Die Sicherung der Trinkwasserqualität sollte durch interne und unabhängige externe Kontrollen geregelt sein. Grundlage der Überwachung sind Indikatoren und Parameter, die in den verschiedensten Regularien festgelegt worden sind. Die

Überwachungsparameter können an unterschiedlichen Vergleichsmaßstäben festgelegt werden: in Deutschland orientiert sich die Qualität des Trinkwassers an unbelastetem Grundwasser. Indikatoren dienen zudem einer vergleichenden Bewertung, nicht nur um Entwicklungen besser verständlich zu machen, sondern auch um Länder und Regionen besser miteinander vergleichen zu können.

6. Das ökonomische Prinzip

Finanzielle Sicherung des Menschenrechts auf Trinkwasser in wirtschaftlicher Form unter Beachtung aller Kosten für den Ressourcenschutz, Gewinnung, Verteilung, Überwachung und Abwasserreinigung. Unter Anwendung des Ökonomieprinzips sollte zunächst die Wasserversorgung zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung und dann erst die finanzielle Entlastung der Privilegierten angestrebt werden. Laut WWDR gibt es jedoch große Probleme hinsichtlich der Wahrnehmung des Wertes von Wasser und der Zusammenhänge im Kreislaufsystem. Die größten Kosten im System der Wasserversorgung entstehen bei der Einrichtung der sanitären Anlagen im Wohnungsbereich.

Schlussfolgerungen des Weltwasserreports

Der Weltwasserentwicklungsbericht gibt als größtes Hindernis für eine Entschärfung der Wasserkrise die mangelnde Kompetenz der Verwaltungen, Kompetenzstreitigkeiten, Korruption und mangelndes Wissen an. Erst danach folgen als weitere Hindernisse Finanzmangel und Mangel an Technik. Das gleiche gilt für die Einschätzung der Entwicklungshilfe, wonach die Selbsthilfekräfte durch ein Übermaß an Förderung regelrecht erstickt werden. Die Mittelvergabe müsste also stärker von der Performance der Nehmerländer abhängig gemacht werden. ■

Gastautorin: Melanie Kudermann, TU Berlin

• Weitere Informationen

Prof. Dr. Andreas Grohmann, TU Berlin, FG Wasserreinigung, Sekr. KF4, 10623 Berlin Tel. 030 / 8334141
eMail: ga@grohmannberlin.de
<http://itu107.ut.tu-berlin.de/wrh>

Lesenswert

„Wann kommt die nächste Flut?“

Die Häufung extremer Wetterereignisse deutet auf einen beginnenden Klimawandel hin. Nach Ansicht der Autoren sind drei Jahre nach der Hochwasserkatastrophe im August 2002 nicht ausreichende Schlussfolgerungen gezogen worden. Die Autoren behandeln aus unterschiedlicher Sicht die Problematik des vorbeugenden Hochwasserschutzes. (if)

Dieter Lehmann (Hrsg.): Wann kommt die nächste Flut? Projekte-Verlag 188, Halle 2005, 29,75 Euro , ISBN 3-86634-012-5

Konflikte und die Offshore-Windkraftnutzung

Die Offshore-Windenergie hat großes Potenzial für den ökologischen Umbau des Energiesystems, aber die geplanten Windparks vor der deutschen Nord- und Ostseeküste sind heftig umstritten. Bei der Windenergienutzung auf See stehen Befürworter der Energiewende mit Windparkbetreibern einer Allianz aus Naturschützern, Tourismus und Fischerei entgegen. Im Zentrum stehen hierbei regionale Strukturwandekonflikte sowie inner-ökologische Zielkonflikte, bei denen Artenschutz und Klimaschutz aufeinanderprallen. Die Autoren untersuchen die Chancen und Probleme der Offshore-Windenergie. Sie prüfen die Möglichkeit tragfähiger Konfliktlösungen, bei denen sie vor allem die Handlungsdilemmata berücksichtigen, in die Konfliktparteien wie z.B. Insel- und Küstengemeinden, Umweltverbände, Betreiber von Offshore-Windparks sowie politische Entscheider geraten. (if)

Andreas Byzio, Rüdiger Mautz, Wolf Rosenbaum: Energiewende in schwerer See? Konflikte um die Offshore-Windkraftnutzung, oekom verlag, München 2005, 180 Seiten, 29,80 Euro, ISBN: 3-936581-96-7, www.oekom.de

Lebensraum Grundwasser

Die Informationsschrift stellt in fünf Kapiteln das sensible Ökosystem Grundwasser vor. Erklärt werden die Lebensbedingungen sowie die Vielzahl der Organismen im Grundwasser. Außerdem erläutert die Broschüre biotische Stoffumsetzungen. Zwei Abschnitte befassen sich mit konkreten Fragen der Grundwasserbiologie. Behandelt werden Bioindikatoren im Grundwasser und deren Möglichkeiten und

Grenzen, außerdem die menschlichen Einflüsse auf die Grundwasserbiologie. Die Informationsschrift will den „weißen Fleck auf der ökologischen Landkarte“ füllen und ein größeres Bewusstsein für die bisher wenig beachtete Ressource Grundwasser und deren Lebensraum schaffen. (if)

VDG: Lebensraum Grundwasser, Schriftenreihe der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz: Band 68, 32 Seiten, 3,- Euro



Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Übersicht der wichtigsten

Umweltpreise:

www.umweltpreise.de

Dezember

24.-26.12., Herrischried bei Freiburg

28.-30.12., Steyerberg bei Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminare; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

25.12.-7.1.2006, Bielefeld

Jugendumweltkongress - Jukss

Jugendumweltbüro
Tel. 0391 / 5570753
info@jukss.de
www.jukss.de

Januar, Februar

5.-8.1., Radolfzell

Naturschutztage 2006

Tagung; BUND und NABU
Tel. 07732 / 150-70, Fax -777
bund.moeggigen@bund.net
www.naturschutztage.de

14.-15.1., Berlin

Europäische Konferenz Gentechnik-freier Regionen und Initiativen

Genet und Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Tel. 030 / 275903-09, Fax -12
info@gmo-free-regions.org
www.gmo-free-regions.org

25.1., Berlin

Zukünftig nur noch mit Gentechnik?

Konflikte mit Biodiversität und Naturschutz sind vorprogrammiert

Tagung; NABU, Dr. Steffi Ober, Berlin
Tel. 030 / 28498425
steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de

26.1., Bremen

Entwicklung eines

Meeresschutzprogrammes

Symposium; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen, Bremen
Tel. 0421-77675, Fax -78931
inse.ewen@aknev.org
www.aknev.org

24.2., München

Nachhaltigkeit trainieren - im Planspiel mit "Fish Banks"

Seminar; Bundesverband TuWas, München
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71
info@tuwas.net
www.tuwas.net

März, April

10./11.3., Bremen

3. Bremer Fahrrad-Kongress: Kinder erfahren die Stadt

ADFC Bremen
Tel. 0421 / 7011-79, Fax -59
fahrradkongress@adfc-bremen.de
www.bremerfahrradkongress.de

10.-12.3., Böblingen

erneuerbare energien 2006

Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.erneuerbareenergien.com

16./17.3., Lampertheim (Hessen)

3. Bundeskongress Wirtschaft in Bewegung

Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch
Tel. 06222-4142, Fax -4147
mgrix@wirtschaftinbewegung.com
www.wirtschaftinbewegung.com

22.-24.3., Bonn

Die Bedeutung von gentechnisch verändertem Getreide in Entwicklungsländern

Symposium; Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Dr. Stephan Krall
Tel. 06196 / 79-1416, Fax -7137
stephan.krall@gtz.de
www.gtz.de/beaf

April-Juni

7.-9.4., Bonn

Zeitbombe Atomenergie - 20 Jahre nach Tschernobyl

Kongress; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)
Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166
uhe@ippnw.de
www.tschernobylkongress.de

27.-29.4., Wilhelmshaven

Geographie der Meere und Küsten

Jahrestagung des Arbeitskreises; Das Niedersächsische Institut für historische Küstenforschung (NIHK), Margarete Janssen
Tel. 04421 / 915-0, Fax -110
janssen@nihk.de
www.nihk.de/index.php?id=196

Mai, Juni

30.5.-2.6., Bonn

28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen
DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
helga.inden-heinrich@dnr.de
www.bbn-online.de?id=43

7.-10.6., Wuppertal/Remscheid/Solingen

Freiräume regional - Von der Zwischensadt zur Gartenregion

Konferenz; Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL)
Tel. 030 / 78713613
bund@dggl.org
www.dggl.org
(if) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt („Archiv“)

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 14.00-15.00, Radijoyo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6): www.radijoyo.de
www.grasloewe.de
(mb, db, if) ■

Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe
www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundes-ländern.

www.gruenes-forum.net
 (mb) ■

Die Sonderhefte zum EU-Rundschreiben des DNR

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Reizend, giftig, gesundheitsschädlich? Für eine starke EU- Chemikalien-politik ...alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Der heiße Draht nach Brüssel	05.05
Ein Nachschlagewerk	
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteils-ausgleich: Wem gehört die Vielfalt	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barroso Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienungs-laden?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien in Europa: Ökologisch, sozial und wettbewerbs-fähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Von der Vision zur Umsetzung des europäischen Natur-schutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im

Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen VerbändereInformationsdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

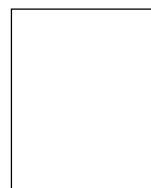
Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin